

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Engagement, Bundesangelegenheiten und Medien

2. Sitzung
9. Februar 2022

Beginn: 9.37 Uhr
Schluss: 12.13 Uhr
Vorsitz: Derya Çağlar (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatskanzlei

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Derya Çağlar: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

Das 100-Tage-Programm und zentrale Vorhaben des Senats

(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0014](#)

EnBuMe

Zu diesem Punkt ist unsere Regierende Bürgermeisterin von Berlin, Frau Giffey, anwesend. Ihnen noch mal ein herzliches Willkommen! Wird eine Begründung des Besprechungsbedarfs durch die Fraktion der SPD, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen oder die Fraktion Die Linke gewünscht? – Das sehe ich nicht. Dann wären wir beim Bericht des Senats. – Sie haben das Wort, Frau Giffey!

Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey: Vielen Dank, sehr geehrte Frau Vorsitzende! – Meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass ich heute die Gelegenheit habe, hier im Ausschuss zum Start der Arbeit ein wenig unsere Sicht der Dinge darzustellen. Die Vorbereitungen und Planungen für die Aktivitäten in den Bereichen, mit denen sich der Ausschuss beschäftigt, laufen, und ich möchte Sie gerne heute zu den vier Feldern, die den Ausschuss beschäftigen, in Kenntnis setzen, einmal zum Thema Bund und Bundesrat, zur Frage der Zusammenarbeit von Berlin und Brandenburg, zur Frage Engagement und Demokratieförderung und auch zur Frage der entsprechenden Arbeit im Medienbereich. Wir sind hier zusammen mit den beiden zuständigen Staatssekretären, die das bei uns im Haus vertreten – Frau Vorsitzende hat bereits die Vorstellung übernommen –, und stehen Ihnen heute gerne Rede und Antwort.

Zunächst einmal sind wir jetzt in der sechsten Woche der Arbeit der neuen Landesregierung. Die Arbeit war natürlich geprägt davon, sich inhaltlich sehr breit aufzustellen für die unterschiedlichen Ressortverantwortungen, die wir haben. Wir haben die Richtlinien der Regierungspolitik verabschiedet, wir haben unser 100-Tage-Programm verabschiedet, und natürlich gibt es auch jenseits des 100-Tage-Programms eine sehr intensive Arbeit an den auch längerfristigen Vorhaben, die wir gemeinsam begleiten. Berlin hat im Moment eine besondere Rolle im bundesweiten Kontext, weil wir den Ko-Vorsitz in der Ministerpräsidentenkonferenz haben und uns da auch in einer besonderen Koordinierungsfunktion befinden, was die Frage des gemeinsamen Vorgehens der Bundesländer und die Absprache in der Ministerpräsidentenkonferenz im Umgang mit der Pandemie betrifft, aber auch darüber hinaus. Das bedeutet, dass uns das parallel zu den Fragen, die wir im Land zu bewältigen haben, schon auch sehr beschäftigt.

Wir haben in der nächsten Woche die nächste Ministerpräsidentenkonferenz. Wir haben gestern im Senat Entscheidungen zu Ordnungsveränderungen und zum Infektionsschutz im Umgang mit der Pandemie getroffen, werden nächste Woche eine weitere Entscheidung dazu treffen und bereiten parallel die Ministerpräsidentenkonferenz vor. Natürlich geht es darum, auch im Bundesrat die Dinge vorzubereiten, die davon abgekoppelt laufen, also auch andere Themen. Wir haben das nächste Bundesratsplenum am 11. Februar. Bundeskanzler Olaf Scholz wird dort eine Ansprache halten. Wir haben in dieser Sitzung 27 Vorlagen auf der Tagesordnung. Es wird schwerpunktmäßig um europapolitische Vorlagen gehen. Wir haben auch verschiedene Bundesratsinitiativen, an denen sich Berlin beteiligt hat und auch in Zu-

kunft arbeiten will. Ich will hier nur kurz sagen, dass es einerseits um die Initiative, den Gesetzesantrag des Freistaates Bayern beim Deutschen Bundestag zur Bekämpfung von Mietwucher geht. Berlin hat sich dem bereits 2019 angeschlossen. Zum anderen tritt Berlin der Bremer Initiative zur Bekämpfung von Geldwäsche im Bereich des Berufssports bei, und wir streben an, eine Initiative mit den Bürgermeisterinnen der beiden großen deutschen Städte München und Hamburg, Peter Tschentscher und Dieter Reiter, hinzubekommen, um eine Klärung zum Umgang mit dem gemeindlichen Vorkaufsrecht herbeizuführen, damit auf Bundesebene rechtssichere Möglichkeiten geschaffen werden, um das gemeindliche Vorkaufsrecht zum Schutz der Mieterinnen und Mieter vor Verdrängung wieder ausüben zu können. Diese gemeinsame Initiative haben wir besprochen. Das wird jetzt entsprechend vorbereitet, sodass wir anstreben, uns im April mit dieser Initiative auch im Bundesrat zu positionieren.

Wir haben, was die Vorbereitung der Ministerpräsidentenkonferenz angeht, in dieser Woche diverse Vorbereitungstreffen. Das passiert auch auf der Ebene der Chefs der Staatskanzleien. Severin Fischer vertritt das Land Berlin bei diesen Vorbereitungen, und wir werden am nächsten Mittwoch in der MPK natürlich noch mal über die Impfkampagne, die Beschleunigungsmaßnahmen, die Infektionsschutzmaßnahmen und die Anpassungen, die dafür erforderlich sind, sprechen. Wir gehen davon aus – das ist auch die Entwicklung, die wir überall im Bundesgebiet sehen –, dass es eine einheitliche Beschlussfeststellung zur Frage der Regelung von 2G im Einzelhandel gibt, die ersetzt wird durch die FFP2-Maskenpflicht. Gestern im Senat haben wir beschlossen, dass wir das in Berlin am nächsten Dienstag beschließen werden, und es ist absehbar, dass das Vorgehen auch im gesamten Bundesgebiet so verläuft.

Wir können eventuell annehmen, dass wir genau auf unserem Peak sind, was die Zahlen angeht. Das können wir noch nicht sicher sagen, aber die aktuelle Zahlenentwicklung lässt die Vermutung zu, und das bedeutet, dass wir dann eine Entwicklung haben werden, in der die Zahlen nach unten gehen, und das bedeutet, dass wir die Aufgabe haben, mögliche Öffnungsperspektiven und Perspektiven für die Rückkehr in die Normalität zu erarbeiten. Es wird auch nächste Woche in der Ministerpräsidentenkonferenz eine Rolle spielen, in welchen Stufen und Schritten das sinnvoll ist und wie man das andenken kann für die Zeit, in der sich das Infektionsgeschehen deutlich verbessert. Wir haben die nächste reguläre Ministerpräsidentenkonferenz am 17. März. Dort wird es um Energiewendebeschleunigung, Energiepreisentwicklung, aber auch medizinische Spitzenforschung, Hochschulzulassung und Gremienbesetzung gehen, und natürlich werden wir uns da entsprechend einbringen. – So viel vielleicht zum Bund.

Zum zweiten Themenfeld, Zusammenarbeit von Berlin und Brandenburg, will ich Ihnen berichten, dass wir hier schon sehr intensive Bemühungen unternommen haben in den ersten Wochen. Ich habe mit Ministerpräsident Dietmar Woidke, den ich in Potsdam besucht habe, einen intensiven Austausch gehabt. Wir hatten auch einen Austausch unserer Chefs der Staatskanzleien, um über konkrete Themen der Zusammenarbeit zu sprechen. Es etablieren sich drei Schwerpunktfelder, einmal natürlich die Zusammenarbeit im Verkehr bei der Frage, wie wir die Pendler-, auch Schienenverbindungen verbessern, zum Zweiten wird die Frage der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Wirtschaftsraum Berlin-Brandenburg ein wichtiges Thema sein und zum Dritten die ganzen Themen der inneren und sozialen Sicherheit, die Zusammenarbeit der Polizei, der Justizbehörden, aber auch die Frage, wie wir die soziale Sicherheit, das Angehen des Wohnraummangels und andere Themen gemeinsam bewältigen können, und natürlich geht es um den gemeinsamen Gesundheitsschutz in der Pandemie. Das sind die großen Themen. Wir haben verabredet im 100-Tage-Programm, dass wir mit Bran-

denburg gemeinsam eine Sitzung der beiden Landesregierungen organisieren werden. Dietmar Woidke wird heute bekanntgeben, dass er den Berliner Senat am 29. März nach Frankfurt/Oder einlädt. Wir werden uns dort in der Europa-Universität Viadrina treffen, zu der auch sehr viele Berliner Studierende jeden Tag mit dem Regionalexpress der Linie 1 fahren. Das ist die Euroregion Viadrina. Es wird auch einen Ausblick auf die deutsch-polnische Zusammenarbeit, auf die Entwicklung dieser Region insgesamt und auf die Zusammenarbeit im Wissenschaftsbereich geben, aber auch auf die drei großen Themen, die ich genannt habe: Verkehr, Wirtschaft und die Frage der inneren und sozialen Sicherheit.

All das wird jetzt vorbereitet. Wir haben wöchentlich mehrfach Telefonate zwischen Dietmar Woidke und mir, um das auch jetzt, gerade in der Pandemie, gut abzustimmen, egal ob es um die Fragen des Einzelhandels oder auch der schulischen Bildung und anderer Dinge geht, dass wir dabei wirklich ein abgestimmtes Vorgehen in der Metropolregion Berlin-Brandenburg haben. Ich halte das für sehr wichtig für die Entwicklung unserer beiden Länder. In diesem Sinne wird es auch so sein, dass wir den strategischen Gesamtrahmen Hauptstadtregion, der in der letzten Legislaturperiode schon beschlossen worden ist, auch gemeinsam fortentwickeln. Darin gab es 57 Vorhaben, eine gemeinsame Innovationsstrategie, einen Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion. Das sind unsere Grundlagen, auf denen wir auch weiterarbeiten werden. Wir haben darüber hinaus vor, noch vor der Sommerpause einen gemeinsamen Bahngipfel zu veranstalten, bei dem die Berliner und die Brandenburger Landesregierung ihre Bemühungen im Bereich des Ausbaus der Schiene, des öffentlichen Nahverkehrs, der Verkehrswegeverbindungen zwischen den beiden Ländern voranbringen und das mit der Bahn besprechen. Das wird ebenso vorbereitet. Das vielleicht zur Zusammenarbeit Berlin-Brandenburg.

Dann wären wir beim dritten Thema, das ist der ganze große Bereich Engagement und Demokratieförderung. Hier möchte ich kurz auf einige Punkte eingehen, die uns dabei wichtig sind. Ich will am Anfang auch noch mal sagen, dass ich es wichtig finde, dass die Berliner Landespolitik sich auch einsortiert in das, was auf Bundesebene geschieht. Wir haben eine Deutsche Engagementstrategie der Bundesregierung, wir haben eine Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt; ich hatte die Ehre, sie selber mit aufzubauen. Ich halte es für eine große Chance, wenn wir diese Strukturen, die auf Bundesebene da sind, auch die Förderstrukturen auf Bundesebene, auch für uns nutzen; wenn wir uns darum kümmern, dass die Berliner Engagementstrategie eingebettet ist in die bundesweite Strategie der Engagementförderung, weil sie eben auch sehr eng verbunden ist mit Fragen von Demokratieförderung; und wenn wir die Engagementstrategie nicht nur als Aufgabe der Senatskanzlei begreifen, sondern ganz klar sagen: Das ist ein Querschnittsthema, Engagement gibt es in allen Bereichen. – Berlin ist eine engagierte Stadt, die Hälfte der Berlinerinnen und Berliner engagiert sich. Das zu fördern, zu unterstützen und es auch wirklich als Querschnittsthema zu begreifen, halte ich für sehr wichtig.

Wir haben uns deshalb vorgenommen, dass wir in diesem Jahr auch das Landesnetzwerk Bürgerengagement aufbauen und in die Förderung einsteigen wollen. Wir wollen einen neuen landesweiten Beteiligungshaushalt etablieren und werden dazu im nächsten Jahr mit einem Modellversuch an den Start gehen. Wir haben zum Thema Anerkennung und Wertschätzung von Engagement drei große – sage ich mal –, auch sehr bekannte Aktionsformate. Ich will noch mal daran erinnern: Wir haben den Berliner Demokratietag, wir haben den Aktionstag „Berlin sagt Danke!“, und wir haben auch den #FARBENBEKENNEN-Award. Das sind sehr gute, bewährte Formate, die wir verstetigen wollen, die wir auch weiterentwickeln wollen; weil es geht einfach auch – gerade jetzt in der Pandemie, wo Menschen teilweise aus dem Engagement ausgestiegen sind, weil ihre Veranstaltung, das, wofür sie gearbeitet haben, so nicht mehr stattfinden konnte – ein Stück weit wieder um das Zurückholen, um das Zurückholen von Menschen in ihre alte Engagement-Tätigkeit, und dafür sind Anerkennung, Wertschätzung, öffentliche Anerkennung extrem wichtig. Deshalb halte ich diese Formate auch für sehr wichtig. Wir werden auch im Roten Rathaus sicherlich noch zusätzliche Veranstaltungsformate etablieren, die dann auch Menschen einladen – ob das die Schornsteinfeger sind, die Menschen, die sich für das Tierheim engagieren oder andere, die etwas für die Stadt tun. Ich

halte es für wichtig, dass wir eine Kultur der Anerkennung wirklich noch verstärken und etablieren, und das werden wir auch entsprechend tun.

Zum Thema Demokratieförderung ist es noch wichtig zu erwähnen, dass alles, was wir im Engagementbereich machen, natürlich auch immer der Förderung der Demokratie in unserer Stadt dient. Es geht um politische Bildung, es geht aber um die Stärkung der Zivilgesellschaft, die sich gegen Hass und Hetze einsetzt, die eben auch ganz klar Farbe bekennt gegen Menschen, die sich demokratiefeindlich verhalten. Hier zu unterstützen, Menschen einerseits den Rücken zu stärken, aber ihnen andererseits auch ganz klar zu sagen: Wir helfen euch bei euren Aktivitäten –, das ist auch eine wichtige Aufgabe. Sie wissen, dass auf Bundesebene in der letzten Legislaturperiode ein Ansatzpunkt für die Schaffung eines Demokratiefördergesetzes gefunden worden ist. Das ist leider nicht bis zum Ende geführt worden, aber ich kann Ihnen sagen: Ich habe mich auf Bundesebene sehr für ein Demokratiefördergesetz eingesetzt, ich hoffe, dass es mit der neuen Bundesregierung auch gelingt, so ein Gesetz zu machen, und ich finde es gut, wenn wir hier auf Berliner Landesebene ganz klar sagen: Auch bei uns gibt es eine klare gesetzliche Grundlage für die Demokratieförderung in unserem Land, und in Berlin erst recht. – Deswegen glaube ich, dass wir sehr genau darauf schauen sollten, wie die Bemühungen auf Bundesebene für ein Demokratiefördergesetz laufen, und wie wir eine landespolitische Antwort darauf finden können, um hier entsprechend auch für Berlin ein starkes Zeichen zu setzen. Das haben wir uns im Koalitionsvertrag vorgenommen, und ich glaube, dass es auch sinnvoll ist, diesen Weg zu gehen. Das zum dritten Thema.

Dann wären wir bei Thema vier, das ist nämlich der ganze große Bereich des Medienengagements. Die beiden Medienakteure, Frau Koch und Herr Jürgens, sind ja schon hier. Ich freue mich sehr, dass wir dieses Thema heute auch als Schwerpunkt dieser Sitzung begreifen, denn wir befinden uns auch in einer besonderen Berliner Woche, das muss man ja sagen. Wir sind in der Woche der Berlinale, und ich will schon noch einmal betonen: Es gab ja viele Diskussionen darum, wie wir die Berlinale gestalten, ob es überhaupt gelingen kann, das zu machen, und was jetzt der richtige Weg ist, und ich will Ihnen ganz klar sagen: Dass die 72. Internationalen Filmfestspiele Berlin in diesem Jahr trotz und vielleicht gerade wegen der schwierigen Lage stattfinden, ist ein ganz starkes Signal für unsere Hauptstadt, es ist ein starkes Signal für die Filmstadt Berlin, es ist ein starkes Signal für die Unterstützung der Kulturbranche insgesamt, und es ist einfach auch ein wichtiger Hoffnungsschimmer für den Gedanken, dass es auch wieder aufwärts geht und dass es möglich ist, so ein Festival auch unter Pandemiebedingungen zu gestalten. Natürlich wird es nicht die Berlinale sein, die Sie aus den anderen Jahren kennen. Es gibt eine sehr große Einschränkung bei den Programmpunkten, bei den Empfängen, Festivitäten, die normalerweise stattfinden. Es gibt sehr strenge Hygieneregeln mit 2G plus, mit entsprechend nur halber Besetzung der Kinosäle.

Natürlich ist das eingeschränkt, aber es ist so, dass wir im Festivalprogramm dieses Jahr 256 Filme haben, wir haben 18 Filme im Hauptwettbewerb. Wir werden morgen, am 10. Februar 2022, die Eröffnungsgala im Berlinale-Palast am Marlene-Dietrich-Platz haben, und wir werden dann am 16. Februar 2022 die Preisträgererehrung haben, auch im Berlinale-Palast, dann wird die Goldene- und Silberne-Bären-Verleihung stattfinden. Ich glaube, es ist einfach ein ganz wichtiges Zeichen, auch international, das damit von Berlin ausgeht. Ich hatte vor einigen Tagen Carlo Chatrian und Mariette Rissenbeek auch hier im Rathaus zu Gast, die die Festivalleitung künstlerisch und von der Geschäftsführung her haben, und wir haben auch darüber gesprochen, welche große Herausforderung es ist, dieses Festival trotz allem

stattfinden zu lassen. Ich glaube, dass das, was dort jetzt organisiert worden ist, wirklich sehr stark ist, und ich hoffe, dass Sie auch ein bisschen vom Programm profitieren können und auch ein bisschen Berlinale genießen können. Wir haben in diesem Jahr natürlich wieder eine hochkarätige internationale Jury, das will ich auch sagen. Ich werde am nächsten Montag diese internationale Jury auch im Roten Rathaus empfangen. Wir werden dort natürlich ein offizielles Begrüßungswort haben, aber auch die Möglichkeit, dass sich die Mitglieder, die wirklich aus aller Welt kommen, ins Gästebuch von Berlin eintragen, sodass wir auch diesen Rahmen dann entsprechend begehen werden. Ich glaube, das wird ein gutes Signal in dieser Woche.

Jenseits der Berlinale gibt es natürlich noch viel mehr, und ich finde wichtig, an der Stelle zu bemerken, dass es auch eine Frage der Haltung ist, wie wir mit der Medien- und Filmstadt Berlin künftig umgehen, und die Frage der Haltung ist auch die Frage des Sich-Bewusstmachens, was wir eigentlich für einen riesigen Schatz hier in dieser Stadt haben. Berlin ist eine der wichtigsten Film- und Kinostädte in Europa und die Nummer eins in Deutschland. Das muss man ganz klar sagen: Es gibt keine andere Stadt in Deutschland, die in dieser Weise hochkarätigste Filmemacher, Kinoszene und überhaupt auch Schauplatzverfügbarkeit anbietet wie Berlin. Das ist etwas, was wir uns bewusst machen müssen, und dabei geht es eben einerseits um den Stolz auf unsere Stadt, aber andererseits auch um die Anerkennung für all diejenigen, die hier als Filmschaffende unterwegs sind. Und Anerkennung heißt nicht nur, dass man sagt: Oh, wie schön! –, sondern dass wir auch ganz klar sagen: Diese Idee der filmfreundlichen Stadt ist für uns auch ein Arbeitsauftrag. – Dieser Arbeitsauftrag heißt, dass es unser Anspruch sein muss, dass diejenigen, die hier Filme machen wollen, die hier Filmkunst drehen oder auch zeigen wollen, einen einheitlichen Ansprechpartner haben, wissen, sie werden gut betreut, wissen, sie haben eine verlässliche Stadtverwaltung, die auch Anreize gibt für den Film- und Produktionsstandort Berlin.

Deshalb ist für uns die Frage der nochmaligen Selbstvergewisserung als filmfreundliche Stadt ein wichtiger Punkt. Sie können sich erinnern – ich weiß nicht, ob Sie sich alle daran erinnern, aber ich finde das wichtig, dass man noch mal zurückblickt –, es gab in den Neunzigerjahren mal einen Beschluss des Senats: „Filmfreundliche Stadt“. Der ist jetzt über 20 Jahre alt, und ich finde, dass es Zeit ist, diesen Beschluss zu erneuern: „Berlin als filmfreundliche Stadt in den 2020er-Jahren“; deshalb werden wir diesen Beschluss auch erneuern. Wir werden uns noch mal Gedanken machen über die Rahmenbedingungen für die Filmbranche, für die filmfreundliche Stadt, und diesen Beschluss anpassen an die heutigen Rahmenbedingungen. Dazu gehört, dass wir eine zentrale Anlaufstelle schaffen wollen, eine One-Stop-Solution, für Drehgenehmigungen. Das ist nämlich immer ein Nadelöhr, wenn Leute einen Film machen wollen, und da ist es auch egal, wie hochkarätig die sind: Sie müssen hier eben eine Drehgenehmigung beantragen. Das ist nicht immer ein vergnügungssteuerpflichtiges Vorhaben, deswegen müssen wir da besser werden, und deswegen haben wir uns das auch vorgenommen.

Natürlich: Das Medienboard Berlin-Brandenburg ist ein wichtiger Player, weil wir hier an der Stelle natürlich auch die Frage der Förderkulisse stellen müssen. Das Medienboard ist unsere sehr erfolgreiche Filmförderanstalt, die schon über viele Jahre dazu beigetragen hat, dass der Filmstandort Berlin vorangebracht wird, mit konkreten Anreizen und konkreten Förderungen. Wir sehen immer: Da, wo Filmförderung geschieht, ist das ein Mehrwert. Jeder Euro, der dort investiert wird, bringt zusätzliches Geld in die Stadt, und wir haben den Anspruch, dass das, was dort investiert wird, auch vielfältig investiert wird: dass es verschiedene Genres gibt, dass

das Thema Vielfalt, Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigt wird, und dass es auch eine große Bandbreite der Filmkonzepte gibt, die gefördert werden, also vom Kinderfilm über Dokumentarfilme und Animationsfilme bis zu Kurzfilmen, all das. Wir unterstützen den Fördergrundsatz des Medienboards, dass bei gleicher Qualität Vorhaben mit starker weiblicher Beteiligung in den Bereichen Regie, Produktion und Drehbuch bevorzugt werden, dass die Themen Diversität und Geschlechtergerechtigkeit eine wichtige Rolle spielen, und dass wir eben darauf achten, dass, wenn öffentliches Geld für Filmförderung eingesetzt wird, dabei auch eine große Bandbreite an Themen und auch Personen berücksichtigt wird.

Wir haben in diesem Jahr noch eine Geschichte, die sozusagen parallel zur Berlinale auch noch läuft. Sie kennen alle den Teddy Award. Der wird in diesem Jahr 36 Jahre alt, er wird also zum 36. Mal verliehen. Das ist der älteste und bedeutendste queere Filmpreis der Welt, und er kommt Filmen und Personen zugute, die genau diese gesellschaftliche Vielfalt, die geschlechtliche Vielfalt, die Themen Toleranz, Akzeptanz, Solidarität aufgreifen. Ich habe gestern schon den digitalen Gruß für den Teddy Award aufgenommen, und ich bin sehr gespannt, wie es dieses Jahr wird, aber ich finde es auch ein wichtiges Zeichen, dass das in diesem Jahr auch stattfinden kann. Außerdem fördern wir das Jüdische Filmfestival, um jüdisches Leben, jüdische Kultur auch noch mal in Beziehung zum heutigen Alltag zu setzen; dass Verfilmungen von Themen, die im Zusammenhang mit dem Judentum, mit dem jüdischen Leben stehen, nicht immer automatisch auch Filme des Gedenkens sein müssen. Das ist wichtig, aber es geht eben auch darum, dass der heutige Alltag von jüdischem Leben auch in anderem Kontext dargestellt wird. Das zu fördern, ist, glaube ich, sehr wichtig.

Ansonsten gibt es natürlich unsere landeseigene Deutsche Film- und Fernsehakademie – Sie wissen: ein hochwertiges Ausbildungsangebot, ein großes Aushängeschild auch für unsere Stadt –, die wir natürlich weiter unterstützen. Wir werden dort im Jahr 2025 ein Auslaufen des Mietvertrags haben, das heißt, der Potsdamer Platz wird nicht mehr der Ort für die Film- und Fernsehakademie sein. Da ist noch ein bisschen Zeit, aber es geht natürlich darum, sich jetzt schon darauf vorzubereiten und sich eine entsprechende Unterbringung perspektivisch zu überlegen. Die BIM ist da auch schon dran und unterstützt das; ich glaube aber, das wird ein Thema sein, mit dem sich der Ausschuss sicherlich in den nächsten Jahren immer wieder beschäftigen wird. – Mir wurde gesagt, ich darf, aber ich komme jetzt gleich zum Schluss, ja? – [Vorsitzende Derya Çağlar: Genau, aus dem Grund dürfen Sie auch langsam zum Schluss kommen.] – Okay! – Dann mache noch kurz etwas zu den Rundfunk- und Medienstaatsverträgen. Wir haben natürlich unseren RBB und wir haben die Medienanstalt Berlin-Brandenburg. Nur kurz in diesem Sinne: Alles, was wir dort tun – zur Modernisierung, zum Thema Jugendmedienschutz, auch zum Thema Vorgehen gegen Fake News usw. –, geht vor allen Dingen in Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg; alles, was zur Modernisierung der Rundfunkanstalten und des RBB gemacht wird, geht immer gemeinsam mit Brandenburg, und das ist auch ein Thema, das wir dann in die Zusammenarbeit mit einfließen lassen. – Ich glaube, das reicht jetzt erst mal als Aufschlag. Es gibt noch ganz viel anderes, aber ich glaube, als erster Impuls ist es genug. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank für den ausführlichen ersten Impuls, Frau Giffey! – Somit würde ich dann auch die Aussprache eröffnen. Wir haben schon zwei Wortmeldungen; die erste ist von Herrn Goiny.

Christian Goiny (CDU): Vielen Dank, Frau Regierende Bürgermeisterin, für Ihre Ausführungen! Ich will mich auch aus Zeitgründen insbesondere auf Ihre Ausführungen zum Bereich der Medienpolitik beziehen und begrüße ausdrücklich, dass Sie in der Deutlichkeit formuliert haben, was die Medienwirtschaft als Teil der Kreativwirtschaft für Berlin-Brandenburg bedeutet. Das ist ja in der Tat die drittgrößte Wirtschaftsbranche in Deutschland, und all das, was mit Kultur- und Kreativwirtschaft – ich füge immer gern hinzu: inklusive des Nachtlebens – zu tun hat, ist einfach mal die Schwerindustrie unserer Stadt. Deswegen ist es auch von besonderer Bedeutung, dass wir uns hier besonders engagieren, weil das ist eben einfach ein Beitrag zur Attraktivität, zur Vielfalt, dazu, dass Menschen ihre Träume und Ideen in dieser Stadt verwirklichen können. Das zieht tolle Menschen in die Stadt; das führt dazu, dass hier Ideen erdacht und entwickelt und umgesetzt werden. Das führt zu Arbeitsplätzen und – das sage ich mal in meinem zweiten Leben als Haushaltspolitiker – am Ende auch zu mehr Steuereinnahmen in dieser Stadt.

Insofern müssen wir auch ein Interesse daran haben, dass das läuft, dass das weiterläuft und dass das wieder läuft. Deswegen wäre meine Bitte auch, dass man jenseits der immer tagesaktuellen Bewertung der Coronapandemie auch für die nächsten Wochen und Monate klare Konzepte und Planungen entwickelt, wie man diese Branchen wieder an den Start bekommt, denn die brauchen alle Planung und Vorlauf. Ich finde es immer ein bisschen schade – ich sage das mal ganz parteiübergreifend –, wenn man aus unterschiedlichen Ecken mit Hinweis auf die Tagesfallzahlen immer wieder hört: Wir können doch jetzt noch nicht darüber nachdenken, was wir im Frühjahr und Sommer machen. – Doch, wir müssen darüber nachdenken, weil die Leute, die das machen, die müssen jetzt planen, die brauchen Verlässlichkeit. Das gilt natürlich für Filmdrehs, das gilt für viele in der Kreativwirtschaft, das gilt für die Kinolandschaft und die Kultur- und Veranstaltungsszene insbesondere. Ich glaube, daran müssen gerade wir als Berlinerinnen und Berliner ein großes Interesse haben, dass das hier dieses Jahr wieder funktioniert. Verbunden mit dem Appell, sich impfen zu lassen und da, wo es notwendig ist, noch Masken zu tragen, ist es dann aber auch mal wieder so, dass wir auch weiterleben wollen und müssen, denn dieses Virus wird nicht verschwinden. Damit müssen wir irgendwie umgehen, und dafür brauchen wir auch Kultur- und Kreativwirtschaft.

Wir haben uns ja hier im Ausschuss in sehr guter, fraktionsübergreifender Zusammenarbeit in den letzten Jahren um viele Themen gekümmert, die Sie angesprochen haben, insbesondere auch, dass die Filmförderung des Medienboards mit seinen beiden Seiten Film und Games für uns ein ganz wichtiger und erfolgreicher Förderaspekt ist. Wir haben es ja auch geschafft, hier die digitale Filmförderung zu etablieren. Wir haben natürlich politisch ein Interesse daran, dass die erreichten Fördermittelerhöhungen bleiben und nach Möglichkeit noch nicht das Ende der Fahnenstange sind, auch wenn die haushaltstechnischen Spielräume natürlich begrenzt sind. Das führt dazu, dass wir ein Interesse daran haben, uns mindestens europäisch und auch international zu vernetzen – das hatten wir als Ausschuss auch in der letzten Wahlperiode thematisiert –, insbesondere, was den Bereich der Filmfestivals anbetrifft. Dabei würden wir auch gerne die Berlinale stärker mit einbeziehen; also die Berlinale einmal noch mehr den Berlinerinnen und Berlinern als Publikumsfestival sichtbar machen – in Klammern auch die Frage, ob es nicht weiterhin so einen Ableger im Sommer geben sollte –, und dann natürlich die Vernetzung der europäischen Filmfestivals, denn ich glaube, es ist wichtig, dass wir in Zeiten von Amazon, Netflix und Co. auch dafür sorgen, dass der europäische Film weiter existieren kann, und dafür sind die Filmfestivals hervorragende Formate. Wir haben das ja in der letzten Wahlperiode mit Besuchen bei den Filmfestivals in Cannes und in Thessaloniki

erfahren. – [Heiterkeit] – Ja, ich finde, als internationale Stadt müssten eigentlich auch wir als Parlamentarier eher mehr als weniger reisen, aber das müssen wir mit dem Präsidenten diskutieren, nicht mit Ihnen, Frau Bürgermeisterin. Aber wie gesagt: Wenn Sie da unterwegs sind, nehmen Sie uns gerne mit, und wir nehmen Sie auch gerne mit. Insofern wäre das, glaube ich, eine gute Verabredung, die wir hier gleich treffen können.

Insofern haben wir natürlich auch ein Interesse an den verschiedenen Filmfestivals, die wir in der Stadt haben. Sie haben zwei erwähnt, die von besonderer Bedeutung sind. Wir haben uns in der Vergangenheit auch immer für das Human Rights Film Festival engagiert, weil das natürlich ein Thema ist, das sehr gut zur Geschichte dieser Stadt passt, und weil wir auch wissen, dass es in vielen Ländern, gerade in denen, wo die Demokratie unter Druck ist, keine Filmförderung gibt – jedenfalls keine unabhängige und vernünftige – und das Genre des Dokumentarfilms für viele Filmemacherinnen und Filmemacher in diesen Ländern eine der wenigen Möglichkeiten ist, auf politische Missstände unterschiedlicher Art hinzuweisen. Wenn Berlin dafür auch weiterhin eine Bühne bieten kann, indem wir solche Festivals hier unterstützen, ist das, glaube ich, auch etwas, was unter dem Aspekt der Demokratieförderung sehr wichtig ist.

Die letzten zwei, drei Punkte: Wir glauben, dass wir noch ein paar Baustellen im Bereich der Neuordnung der Medienstaatsverträge haben; einmal, was den RBB anbetrifft. Da sollten wir uns auch verständigen. Wir hatten in den letzten Jahren auch eine sehr gute Zusammenarbeit insofern, als wir relativ frühzeitig über Verhandlungsstände bei den Medienstaatsverträgen unterrichtet worden sind und nicht erst das fertige Ergebnis auf den Tisch gelegt bekommen haben. Das war eine sehr schöne Zusammenarbeit; wenn wir die fortsetzen könnten, wäre das gut. Wir haben auch darüber nachgedacht, wie wir den gestiegenen Finanzbedarf bei der mabb befriedigen können. Da geht es darum, die gute Arbeit von Alex TV und von anderen Medienkompetenzprojekten zu unterstützen. Ich glaube, wir haben dafür jetzt ein Zeitfenster, Frau Regierende Bürgermeisterin. Wir haben in Urzeiten mal sozusagen ein bisschen sachfremd bestimmte Kulturförderungen einfach aus Rundfunkbeiträgen finanziert, weil der Landeshaushalt leer war, und man sollte vielleicht darüber nachdenken, das jetzt wieder umzudrehen, um den Rundfunkbeitrag zu entlasten. Das bekommen wir nur hin, wenn wir das jetzt im Rahmen der Haushaltsberatungen kompensieren, und darüber müsste man sich vielleicht noch mal im Detail unterhalten. Wir würden das noch mal anregen wollen, dass wir hier noch mal ein Stückchen vorankommen. Die DFFB haben Sie angesprochen; auch da müssen wir, glaube ich, schnell zu einer Lösung kommen, weil das sonst am Ende nur mit unnötigen Mehrkosten funktioniert und so eine Einrichtung natürlich durch Unsicherheit und Planungsunsicherheit auch nicht besser wird.

Am Ende noch das Stichwort Journalistenschule: Wir haben uns verschiedentlich darüber unterhalten, dass wir vielleicht schauen, wie wir einen Beitrag leisten können, Aus- und Weiterbildung von Journalisten zu unterstützen, weil das einer der wenigen Bereiche ist, in denen wir von staatlicher Seite einen Beitrag zu Pressefreiheit und Pressevielfalt leisten können. Auch hier gab es mit verschiedenen Akteuren – mit dem RBB, mit der mabb, der Journalistenschule und anderen – schon Gespräche. Das wäre auch ein Punkt, der uns als CDU-Fraktion noch mal wichtig wäre; dass wir hier vorankommen. Insofern ist unsere Hoffnung, auch unser Appell an Sie, die Medienpolitik in all diesen Facetten, die wir jetzt hier gerade diskutieren, auch wirklich zu einem Schwerpunkt zu machen, weil das eben wirklich ein Außergewöhnliches der Stadt ist und wir hier in diesem Ausschuss gemeinsam gezeigt haben, dass

das ein Feld ist, auf dem man gemeinsam noch mehr erreichen kann, gerade weil die Medienordnung auch ein föderales Thema ist und wir irgendwo überall mit in Regierung oder Opposition sind. Insofern macht das auch deutschlandweit Sinn, hier eine gute Zusammenarbeit zu haben. – Vielen Dank!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Herr Förster, Sie haben das Wort.

Stefan Förster (FDP): Ich kann mich nahtlos dem Kollegen Goiny anschließen und will das auch nicht alles wiederholen. Es sind bewährte Projekte auch interfraktioneller Zusammenarbeit, von CDU und FDP mit den Koalitionsfraktionen. Wir haben da in den letzten fünf Jahren eine ganze Menge erreicht und wollen das weiterhin so konstruktiv fortsetzen. Ich will Sie, Frau Regierende Bürgermeisterin, in zwei Punkten ausdrücklich unterstützen, weil Sie die angesprochen haben. Das ganze Thema Filmstadt Berlin und natürlich auch eine filmfreundliche Atmosphäre in der Stadt, was auch mit Genehmigungen zu tun hat, ist ganz wichtig. Dass im Koalitionsvertrag steht, die Drehgenehmigungen zentral zu erteilen, ist, glaube ich, ein wesentlicher Baustein. Wir haben uns hier immer wieder mit bestimmten Bezirksämtern herumärgern müssen – Friedrichshain-Kreuzberg lässt grüßen –, die der Meinung sind, alles Mögliche kann in ihren Grünanlagen stattfinden, aber kein Filmdreh, der da entsprechend nicht genehmigt wird. Und was uns hier teilweise Filmproduktionsfirmen vorgestellt haben und das Medienboard auch ausgeführt hat, dass sie in fünf Bezirken drehen und in fünf Bezirken bei fünf Bezirksämtern die Genehmigung beantragen und fünf verschiedene Bescheide von Zustimmung über Ablehnung bis hin zu Auflagen bekommen – das kann es in einer Stadt wie Berlin nicht sein, dass eine willkürliche Bezirksgrenze das behindert. Insofern: Setzen Sie dieses Thema filmfreundliche Stadt und auch die zentralen Drehgenehmigungen bitte schnell um, dann würden wir der Branche, glaube ich, einen großen Gefallen tun, und wären mit vielen glücklichen Gesichtern konfrontiert, die sagen: Das Thema ist im positiven Sinne gelöst –, also das wäre, wie gesagt, sehr schön.

Zum Thema DFFB, weil Sie es auch angesprochen haben: Wir hatten dazu ja auch schon mehrere Anhörungen und mehrere Ausschussberatungen hier in diesem Haus und in diesem Raum. Auch dabei ist der Wunsch des Ausschusses parteiübergreifend ganz klar, dass der Flughafen Tempelhof dafür ein geeigneter Raum wäre. Es gibt ja auch schon entsprechende Konzeptionen. Das ist von der Senatskanzlei in den letzten Jahren immer sehr gut unterstützt worden, allerdings gab es auch andere Abteilungen des Senats. Insofern mögen Sie Ihre Richtlinienkompetenz einsetzen, dass das angepeilte Zieldatum 2025 noch gehalten werden kann oder jedenfalls das mit Tempelhof noch in dieser Zeitschiene umgesetzt werden kann. Es gibt ja Konzepte, die in der Schublade liegen. Was uns zuletzt hier in diesem Ausschuss genannt wurde, 2030, ist, glaube ich, für die DFFB keine gute Perspektive; wenn der Flughafen Tempelhof erst 2030 bezugsfertig wäre; ich glaube, da muss man sehen, dass man den Zeitplan etwas beschleunigen kann.

Ich will zu den anderen Teilbereichen, die Sie angesprochen haben, Frau Regierende Bürgermeisterin, noch zwei, drei Punkte ergänzen bzw. auch Nachfragen stellen. Sie haben das Thema Zusammenarbeit Berlin–Brandenburg angesprochen, was in der Vergangenheit nicht immer in allen Punkten befriedigend war; auch seitens der Brandenburger nicht, will ich an der Stelle auch sagen. Wenn wir zum Beispiel das Thema Park-und-Ride-Plätze sehen; wenn die Brandenburger sagen: Ist uns doch egal, ob die Autos nach Berlin fahren, wir bauen jedenfalls keine Park-und-Ride-Plätze an unseren S-Bahnhöfen. – Solche Beispiele können wir

ja alle schildern; ich könnte aus meinem Heimatbezirk Treptow-Köpenick auch einige Beispiele bringen, was die Zusammenarbeit mit mehreren angrenzenden Brandenburger Landkreisen betrifft, das lasse ich aber an der Stelle. Ich will aber etwas zum Thema Einzelhandel sagen. Sie hatten es angesprochen; gerade auch wieder das aktuelle Beispiel 2G im Einzelhandel. Dazu war ja gestern in der „Abendschau“ auch Ihr Kollege Woidke zu vernehmen: Er weiß gar nicht, warum Berlin noch eine Woche braucht, das kann man doch jetzt schon machen. – Das sind Signale, die man, glaube ich, nicht nach außen geben sollte, und die auch der Handel nicht braucht. Bei solchen Sachen wäre eine vernünftige Abstimmung – egal an wem es nun gelegen hat, ob an Potsdam oder an Berlin – doch hilfreich; dass man da künftig an einem Strang zieht. Gerade bei solchen Sachen, wo die Kunden dann eben einfach nach Brandenburg fahren, wenn sie dort die Einkaufszentren vor der Tür haben, und die Kaufkraft abfließt, kann man das besser koordinieren.

Sie hatten das schöne Thema Bahn und Schienenverkehr angesprochen. Das hat ja auch der Kollege Otto in diesem Ausschuss immer wieder thematisiert, was die Zusammenarbeit Berlin-Brandenburg betraf, wobei es noch Luft nach oben gibt. Das ist nicht nur die von Ihnen stark vorangetriebene U-Bahn zum Flughafen BER, sondern natürlich sind es auch die Regionalschienenprojekte oder auch der Ausbau der Projekte ins europäische Ausland, insbesondere nach Polen, die uns immer ein Herzensanliegen waren. Wenn wir dabei noch weiterkämen und das Thema Ausbau auch der Regional- und Fernbahnverbindungen voranbekämen, wäre das gut. Daran muss Brandenburg natürlich auch entsprechend mitwirken, gerade was die Planungsmöglichkeiten und das Planungsrecht betrifft. Es ist jedenfalls ein wichtiges Thema; sollten wir auch weiterhin auf dem Schirm haben.

Beim großen Thema Bund, gerade auf Bundesratsebene, wäre vielleicht in Ihre Richtung die Frage erlaubt – Sie werden noch nicht in den Genuss einer Bundesratspräsidentschaft kommen, die ist nun für Berlin gerade vorbei; jedenfalls auf lange Sicht nicht; wenn Sie eine sehr lange Amtszeit haben, kommt das vielleicht noch, aber jedenfalls in den nächsten fünf Jahren werden Sie mutmaßlich keine Bundesratspräsidentschaft vor sich haben –, wo die Schwerpunkte der Arbeit in den kommenden Jahren auf Bundesratsebene liegen. Ihr Vorgänger, Herr Regierender Bürgermeister Müller, hat immer wieder auf die Mühen der Ebene verwiesen, auch in seinem Abschiedsbericht hier im Ausschuss am 15. September 2021, und hat mehrfach gesagt, dass gerade die Abstimmung hier zum Teil nicht funktionierte. Unser Freund aus Bayern, Herr Söder, wurde mehrfach im negativen Sinne erwähnt, gerade was das Einhalten von Beschlüssen betrifft; das erleben wir jetzt an anderer Stelle auch gerade wieder. Also auch eine Frage zum Stichwort Flickenteppich Föderalismus: Welche Rolle will Berlin noch im Bundesrat spielen, wie wollen Sie es dort einbringen? – Sie kennen ja nun die Bundespolitik auch von der anderen Seite; mag vielleicht auch hilfreich sein an der Stelle. – Wo wollen Sie da entsprechend Akzente setzen? – Es stellen sich auch Fragen zum Stichwort Ost-MPK, Ministerpräsidentenkonferenz der neuen Bundesländer. Dazu hat Michael Müller hier so schön gesagt: In der MPK bin ich der Ossi, in der Ost-MPK der Wessi –, was diese Thematik widerspiegelt: Was sind eigentlich die Interessen der neuen Bundesländer? –, die noch zu bündeln sind. Berlin ist ja nicht nur geografisch, sondern auch politisch mindestens Teil der neuen Bundesländer, das kann man ja nicht bestreiten, auch wenn wir die Hauptstadtfunktion haben. Wichtige Punkte sind Institutionen, die noch anzusiedeln sind, das Wegbrechen von Industrie in den neuen Ländern, der Strukturwandel. Wir haben die Kohleregion; wenn wir aus der Kohle schneller aussteigen wollen, muss die Lausitz mit 30 000 Arbeitsplätzen, die noch an der Kohle hängen, den Strukturwandel bewältigen.

Da muss Berlin sicherlich im Konzert mit den neuen Bundesländern eine konstruktive Rolle spielen.

Letzter Punkt, das beliebte Thema Städtepartnerschaften, das auch bei Ihnen im Roten Rathaus angesiedelt ist: Wir haben eine Reihe von Städtepartnerschaften, die gut funktionieren. Das sind in der Regel eher die westeuropäischen, wo es politisch wenig Probleme gibt. Mit London, Paris, Los Angeles sind sicherlich funktionierende Beziehungen da, aber wir haben auch Städtepartnerschaften in Ländern, wo der Überbau der Länder politisch zum Teil nicht gerade einfach ist, wenn wir an Moskau, Peking denken, aber auch Budapest und Warschau – das ist sicherlich ein anderes Level –, und in Istanbul sind sicherlich keine einfachen Rahmenbedingungen, was die politischen Konstellationen in den jeweiligen Ländern betrifft. Wie wollen Sie vorgehen, was die Städtepartnerschaften betrifft, und wollen Sie möglicherweise einige wiederbeleben? Welche Akzente wollen Sie da setzen? – Vielen Dank!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank, Herr Förster! – Ich nehme jetzt noch drei Wortmeldungen dran, die auf der Liste stehen, und dann würden wir in die Beantwortung gehen. – Herr Otto!

Andreas Otto (GRÜNE): Vielen Dank für Ihre umfangreichen Ausführungen! Ich fand es sehr erhellend. Es ist ambitioniert, was sich der Senat vorgenommen hat. Wir freuen uns darauf, das alles hier begleiten zu dürfen und abhaken zu können, was alles erreicht ist.

Ich mache das hier schon ein paar Tage. Die Zusammenarbeit mit Brandenburg, das ist mein Schwerpunkt, worauf ich mich jetzt konzentrieren möchte, ist über die Jahre kontinuierlich besser geworden. Wenn man an die Neunzigerjahre, Anfang der Zweitausenderjahre denkt, da wussten viele Westberliner noch nicht, wo sich Brandenburg befindet. Das hat sich geändert. Auch die letzten Senate haben sich sehr bemüht, die Zusammenarbeit zu verbessern. Darauf kann man sehr gut aufbauen. Nichtsdestotrotz sind natürlich viele Sachen, offensichtliche und nicht so offensichtliche, noch zu machen und auch zu verbessern. Der Kollege Förster hat es schon angesprochen. Es sind zwar zwei Bundesländer, aber wir sind sehr eng verflochten, und ab und zu gibt es so einen Aha-Moment: Warum ist etwas in Berlin so und in Brandenburg anders? Ich beschäftige mich mit dem Thema Stadtentwicklung und Bauen. Wir haben immer das Problem, dass die Architektinnen und Architekten fragen, warum wir unterschiedliche Bauordnungen und unterschiedliche Vergabegesetze haben. Das kann man auch ein bisschen erklären. Es sind nun mal zwei Länder, und wir sind eine Großstadt und haben andere bauliche Gegebenheiten als vielleicht eine Kleinstadt oder das flache Land in Brandenburg, aber trotzdem ist es eine Aufgabe, sich da anzunähern oder solche augenfälligen Sachen wie jüngst die unterschiedliche Umgangsweise mit der Pandemie und den Regeln weitestgehend zu vermeiden: Was für Regeln setzt man, und welche hebt man auf? Wann macht man das? – Angesichts dessen, dass viele Menschen aus Brandenburg in Berlin arbeiten und viele Menschen aus Berlin in Brandenburg, wäre es wünschenswert, wenn wir noch ein bisschen dichter zusammenkommen, damit die gleichen Bedingungen haben. Das wäre vielleicht eine Sache, und da würde ich angesichts der guten Kontakte und Beziehungen nach Brandenburg hoffen, dass wir in der nächsten Zeit noch ein bisschen besser übereinkommen.

Ein zweites Thema, Sie haben es angerissen, ist das Thema Wohnen. Wir haben uns nicht zuletzt in den Koalitionsverhandlungen darüber unterhalten, ob es wünschenswert ist, dass in den Kommunen, im sogenannten Speckgürtel, oder in der ganzen Metropolregion mehr Woh-

nungsbau passiert. Wollen wir das aus Berlin befördern, oder haben wir Angst, dass uns Steuerbürger verloren gehen? Das kann man so und so diskutieren. Das kulminiert dann in der Frage, ob unsere Landesunternehmen, zum Beispiel STADT UND LAND oder DEGEWO, in Brandenburg Wohnungen bauen sollen. Zum Teil tun sie das, da gibt es einzelne Projekte. Wollen wir das, oder wollen wir das nicht? Haben Sie sich da schon eine Meinung gebildet? Das ist ein interessantes Thema. Man kann das vielleicht auch weiterdenken und sagen: Wenn mehr Steuerbürger aus Berlin wegziehen nach Brandenburg, muss man vielleicht über einen Finanzausgleich reden? Wollen wir da mal einen Staatsvertrag machen? – Das ist ein ganz schwieriges Thema, weiß ich, aber mich würde interessieren, ob so etwas in Ihrer Denkfabrik im Roten Rathaus eine Rolle spielt.

Staatsverträge sind ein Thema: Wir können uns zum Beispiel vorstellen, dass man zum Thema Klimaschutz gemeinsame Aktivitäten, die wir durch die Verflechtung, vor uns haben und machen müssen, in einem Staatsvertrag regeln sollte. Ich glaube, es sind ca. 40 Staatsverträge, wo wir Sachen mit der Brandenburger Seite geklärt haben, dass wir das vertiefen. Da damals die Länderfusion nicht zustande gekommen ist, muss man sagen: Okay, das ist so, und dann machen wir das über die Staatsverträge und einigen uns auf gemeinsame Ziele. Zum Beispiel wäre Klimaschutz eine Sache, die uns interessiert und womit man sich vielleicht auf so einer formalen Ebene beschäftigen kann. Das sind so ein paar Punkte zur Zusammenarbeit von Berlin und Brandenburg. Über die U-Bahn nach Brandenburg sprechen wir jetzt mal lieber nicht.

Vielleicht noch zu dem Thema Filmstadt, das haben auch die Vorredner schon angerissen, diese Genehmigung an einer Stelle für alles, was in Berlin stattfindet: Da würde mich interessieren, ob das schon angefangen hat. Sind Sie schon mit den Bezirken im Gespräch? Wie wird das praktisch umgesetzt? – Danke schön!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Herr Dr. King!

Dr. Alexander King (LINKE): Vielen Dank! – Vielen Dank an die Regierende Bürgermeisterin für Ihren Vortrag! Ich habe drei Bemerkungen, kann es aber kürzer machen, weil einiges schon gesagt wurde. Erstens wollte ich etwas zum Bundesrat sagen. Sie haben auf einige sehr gute Initiativen hingewiesen, die Sie unterstützen wollen: gegen Mietwucher, gegen Geldwäsche, zur Sicherung des Vorkaufsrechts. Ich möchte als energiepolitischer Sprecher unserer Fraktion noch auf eine weitere sehr gute Bundesratsinitiative des rot-rot-grün regierten Landes Thüringen gegen Energiearmut hinweisen. Da geht es um eine Ergänzung dessen, was die Bundesregierung vor Kurzem als Heizkostenzuschuss beschlossen hat, was die Ausweitung der möglichen Empfänger betrifft, aber vor allem auch Möglichkeiten, Strom- und Gassperren zu vermeiden und ärmere Haushalte bei der Anschaffung energiesparender Geräte zu unterstützen. Ich fände es gut, wenn Berlin im Bundesrat diese Initiative aus Thüringen wohlwollend aufgreifen würde.

Zweitens habe ich eine Frage zur Wertschätzung ehrenamtlichen Engagements. Da ist Berlin sehr weit. Es ist sehr gut, dass es diesen allgemeinen Versicherungsschutz gibt. Ich habe nur im Wahlkreis festgestellt, dass viele Ehrenamtliche das gar nicht wissen. Mich würde interessieren, ob Sie eine Strategie oder Überlegungen haben, wie man vielleicht das Wissen unter den ehrenamtlich engagierten Leuten über ihre Rechte und auch über ihren Versicherungsschutz verbreiten könnte, weil doch immer wieder Fragen kommen, wenn etwas passiert: Wohin muss ich mich wenden? Bin ich überhaupt versichert, usw.?

Drittens, das ist jetzt aber schon ein paar Mal gefallen, da will ich an Herrn Goiny anknüpfen: Natürlich wäre es gut, wenn Sie eine noch ein bisschen ausführlichere Perspektive auf die Verhandlungen zur Novellierung des RBB-Staatsvertrags legen könnten und auch, wie wir hier im Abgeordnetenhaus involviert werden, denn, das hatte Herr Goiny gesagt, da gibt es einen direkten Zusammenhang, wenn wir zum Beispiel über die Reduzierung des Vorwegabzugs im RBB mit möglichen Kompensationen im Haushalt sprechen. Wenn wir jetzt über den Haushalt sprechen, müssen wir eigentlich parallel über diese Dinge sprechen. Das hängt miteinander zusammen. Mich würden noch die Vertretungsrechte – Feste, Freie – interessieren. Da gibt es einen geeinten Bestand aus dem letzten Jahr. Bleibt das so? Wie gehen Sie jetzt diese Sache an?

Wir werden nachher, aber da sind Sie vielleicht schon weg, noch von Frau Koch hören, dass es in dem ganzen Bereich Medien- und Kreativwirtschaft einen unheimlich großen Bedarf an Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten gibt. Ich denke, das kommt nachher noch ein bisschen ausführlicher zur Sprache, aber da sind Sie schon weg. Vielleicht können Sie dazu auch etwas sagen. Da geht es gar nicht hauptsächlich um Journalisten, sondern auch um viele technische Berufe.

Vorsitzende Derya Çağlar: Danke schön! – Frau Kühnemann-Grunow!

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD): Vielen Dank, Frau Regierende Bürgermeisterin, für den umfassenden Bericht bei uns! Ich kann mich meinen Vorredner/-innen anschließen. Herr Goiny und Herr Förster haben darauf abgehoben, wie gut die Zusammenarbeit hier im Ausschuss ist. Ich glaube, das sieht man ein Stück weit daran, dass wir aneinander anknüpfen.

Zu der Kooperationen von Berlin und Brandenburg hat mich sehr gefreut, dass es in Zukunft eine engere Kooperation geben soll. Es war ein starkes Signal, dass der erste Antrittsbesuch unserer Regierenden Bürgermeisterin direkt in Brandenburg, in Potsdam bei Herrn Woidke war. Man hat das Gefühl bzw. es kommt gut rüber, dass es atmosphärisch eine starke Verbesserung gibt. Herr Otto hat gesagt, in der Vergangenheit war die Zusammenarbeit nicht so befriedigend. Ich denke, dass wir da auf jeden Fall anknüpfen können. Die Idee, als Kabinette in Zukunft, zumindest ab und zu, gemeinsam zu tagen und gemeinsame Themen zu besprechen, ist sehr vielversprechend.

Was das Thema Ehrenamt angeht, würde ich nur ganz kurz anmerken wollen: Wir haben alle den Wahlkampf hinter uns, und da kommt man viel herum. Das Thema Versicherung ist das eine, aber beispielsweise die Ehrenamtskarte – Ich hatte viel mit Ehrenamtlichen zu tun. Ich denke an die Freiwillige Feuerwehr etc. Die wussten zum Teil überhaupt nicht, dass es so etwas wie die Ehrenamtskarte gibt, dass es, wenn man sich engagiert, ein kleines Dankeschön vom Land Berlin gibt. Das kann man insgesamt ein bisschen mehr publik machen. Mich würde interessieren, wie da die Strategie der Senatskanzlei ist.

Ansonsten bin ich hier die medienpolitische Sprecherin. Meine Vorredner haben eine ganze Menge dazu gesagt. Wir hatten heute schon in der Fragestunde das Thema RT. In dem Zusammenhang werden wir hier sicherlich auch in der Zukunft die Landesmedienanstalt Berlin-Brandenburg aufrufen. Wir sollten uns dringend damit beschäftigen. Die Landesmedienanstalt Berlin-Brandenburg hat eine Menge Aufgaben, nicht nur die Regulierung und darauf zu achten, dass die journalistische Sorgfaltspflicht eingehalten wird, sondern es geht auch um – Alex

Berlin ist angesprochen worden – die Förderung des nichtkommerziellen Rundfunks, Lokaljournalismus usw. Wir wollten aber auch, dass sie ein Stück weit Forschung betreiben. Herr Goiny hat es schon angesprochen, die Finanzierung der Landesmedienanstalt wird hier sicherlich Thema werden. Vor allen Dingen im Hinblick auf die Haushaltsberatungen werden wir das relativ bald aufrufen müssen.

Der RBB ist angesprochen worden. Wir haben dazu im Rahmen der dritten Novelle des Medienstaatsvertrags einiges zu besprechen, die ganze Neujustierung von Auftrag und Struktur. Ich denke, ganz generell werden die Novellen der Staatsverträge ein Thema sein.

Ich habe mich unheimlich über die Aussagen zum Thema Filmförderung gefreut, nämlich den Beschluss „Filmfreundliche Stadt“ hier zu erneuern und ein klares Bekenntnis auszusprechen. Herr Goiny spricht immer von unserer Schwerindustrie, die die Kultur-, Medien- und Kreativwirtschaft in Berlin ist, und es ist in der Tat so. Die Zusage, in Berlin als Kino- und Filmstandort eine zentrale Anlaufstelle für Drehgenehmigungen zu schaffen – – Wir kennen alle die zweigliedrige Verwaltung in Berlin. Man hat manchmal ein bisschen das Gefühl, das ist ein bisschen Kleinstaaterei. Jeder Bezirk macht, was er will. Ich denke, da bringt unsere Regierende Bürgermeisterin alle Erfahrungen mit, die man braucht, um dem zu begegnen. Ich wünsche trotzdem viel Erfolg, denn wir kennen alle unsere Bezirke.

Wir müssen uns auch noch die ganze Geschichte rund um den Visual-Effects-Fonds angucken – das wird auch im Zusammenhang mit der Filmförderung ein Thema sein –, außerdem die Filmfestivals, das hat Herr Goiny gesagt. Es ist bedauerlich, dass ein Ausschuss in einer Legislaturperiode nur einmal eine Reise machen kann. Es gibt inzwischen schon Verabredungen darüber. Ich weiß, in der Vergangenheit sind oft Reisen auf eigene Kasse unternommen worden, weil man sich ein Bild machen will, und ich glaube, das ist guter Usus. Das Human-Rights-Festival ist angesprochen worden. Dass die Berlinale jetzt stattfindet, ist ein sehr starkes Zeichen. Wir werden uns aber auch in der Zukunft angucken müssen, wie wir Kinos fördern, Kinos als dritte Orte für die Filmverwertung. Kinos haben in der Pandemie sehr gelitten. Alles geht in Richtung Serien. Da muss man vielleicht gucken, wie wir positiv darauf einwirken können.

Die DFFB ist angesprochen worden. Wir haben das Problem, dass der Mietvertrag im Sony Center 2025 ausläuft. Ich weiß nicht, inwiefern die Senatskanzlei schon sprachfähig ist, wie es mit einem neuen Standort aussieht. Hier ist der Flughafen Tempelhof angesprochen worden. Gibt es vielleicht auch andere Orte, über die man nachdenken könnte? Das wäre in dem Zusammenhang für uns von Interesse. – Erst mal so weit, weil schon eine ganze Menge angesprochen wurde. Danke schön!

Vorsitzende Derya Çağlar: Herzlichen Dank! – Sie haben das Wort, Frau Regierende Bürgermeisterin!

Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey: Herzlichen Dank! Ich würde in der Reihenfolge der Fragesteller vorgehen. Herr Goiny hatte sich sehr breit zum Thema Medienwirtschaft, Kreativwirtschaft geäußert. Ich kann Ihnen in dem, was Sie einleitend gesagt haben, nur zustimmen. Genauso ist es. Es geht darum, dass wir diesen großen Schatz, dieses Potenzial, das wir hier in der Stadt haben, wertschätzen, nach außen tragen und ganz klar sehen, dass das nicht nur eine kulturpolitische Frage ist, sondern auch eine Frage von Wirtschaftsförde-

rung, Standortqualität, Standortentwicklung. Deswegen teile ich Ihre Einschätzung, dass wir gerade diesen Branchen Perspektiven geben müssen. Deswegen halte ich es für sehr wichtig, dass in der Ministerpräsidentenkonferenz am nächsten Mittwoch auch über Schritte von Perspektiven und Öffnung gesprochen wird, denn wir müssen in die Normalität zurückkehren. Das ist ganz klar. Es ist wichtig, darüber zu reden: Was passiert im März? Was passiert im April? Was sind die Schritte? In welchen Stufen gehen wir vor? – Man kann dann immer noch genau das Datum bestimmen, aber die Abfolge zu bestimmen, finde ich wichtig, gerade was die Berliner Clubkultur angeht. Die sind sehr gebeutelt. Wir müssen uns darum kümmern, dass es da Perspektiven gibt.

Bei der Frage, was wir mit dem Einzelhandel jetzt entschieden haben, mag man gern sofort kritisieren, warum usw. Erst einmal will ich festhalten: Es gibt eine gemeinsame Abstimmung mit Brandenburg, nämlich, dass wir 2G im Einzelhandel beenden und durch die Maskenpflicht ersetzen. Diese Abstimmung gibt es. Das haben wir ganz klar vereinbart. Es gibt jetzt lediglich den Unterschied von einer Woche in der Beschlussfassung. Das haben wir deshalb so entschieden, weil es gestern noch mal darum ging, dass wir sehen müssen, dass es Bereiche gibt, die in einer ähnlichen Situation sind wie der Einzelhandel. Ich finde, dass wir bei allem, was wir entscheiden, schauen müssen, welche Auswirkungen es dann hat. Wenn für den Einzelhandel eine Entscheidung getroffen wird, werden andere sagen: Wieso? Bei uns ist die Lage genau die gleiche. – Wenn Sie in eine Stadtbibliothek gehen, ist es vom Habitus, vom Verhalten her nicht viel anders, als wenn Sie in einen Buchladen gehen, nur, dass Sie am Ende das Buch nicht bezahlen, sondern Sie leihen es aus. Über solche vergleichbaren Situationen muss gesprochen werden. Das war auch ein Wunsch von Kultursenator Lederer, der gesagt hat, wir wollen das noch mal prüfen. Auch in unseren Museen, wenn Sie sich ein Bild in der Neuen oder in der Alten Nationalgalerie anschauen, ist es nicht viel anders, als wenn Sie in ein Geschäft gehen, wo es vielleicht Bilderrahmen zu kaufen gibt. Natürlich ist es sehr viel anders, was das Level angeht, aber der reine infektiologische Weg ist nicht sehr unterschiedlich. Ich finde es richtig, sich Gedanken zu machen, dafür die Tage bis zur nächsten Senatsitzung zu nutzen, wo wir vergleichbare Situationen haben, in denen man nicht eine Lockerung per se macht, sondern eine Anpassung und Nachsteuerung bei Maßnahmen, denn es geht nicht darum, dass wir einfach sagen: Jetzt alle rein in den Einzelhandel. Es geht darum zu sagen: Es wird ersetzt durch die FFP2-Maskenpflicht –, und die Frage ist, an welchen Stellen man es noch durch eine solche Pflicht ersetzen muss. Darüber werden wir in dieser Woche sprechen. Da werden die zuständigen Verwaltungen, die Kulturverwaltung zum Beispiel, aber auch andere, die Wirtschaftsverwaltung, mit einbezogen. Ich finde es gut, dass wir uns an dieser Stelle noch diese sieben Tage nehmen, um das entsprechend vorzubereiten und am Dienstag eine gute Entscheidung treffen zu können. In der Sache gibt es diese Einmütigkeit mit Brandenburg. Das finde ich wichtig.

Beim Thema Öffnungsperspektiven haben Sie nicht nur von Planungssicherheit gesprochen, was Schritte, Stufen, Abfolge von Stufen angeht, sondern auch die Frage, wie wir die Szene wieder schnell an den Start kriegen, und das bedeutet Unterstützung dabei. Wir haben vor, unser Neustartprogramm zu konzipieren, Senator Schwarz ist dabei, und es wird gerade im Kulturbereich zusätzliche Unterstützung geben, auch in der ganzen Branche Veranstaltungsmanagement, Gastronomie, Hotellerie, Tourismus. Das sind genau die Bereiche, die maßgeblich davon profitieren sollen. Das wird gerade vorbereitet. Wir sind im Moment noch nicht im Neustartprogramm, wir sind leider immer noch in der Überbrückungshilfe, aber wir müssen vorbereitet sein, wenn wir in den Neustart gehen können, und das passiert gerade.

Sie haben auch das Thema Games angesprochen. Das finde ich auch wichtig. Ich hatte das nicht mitgemacht, weil die Zeit schon so knapp war. Wir haben beim Thema E-Sport und Games auch in der letzten Legislaturperiode schon Aktivitäten gehabt. Ich finde es wichtig, dass wir Berlin als attraktiven Standort für E-Sport und Games etablieren. Die Profivereine machen da schon eine ganze Menge. Ich denke an Hertha und die E-Games-Lounge usw. Wir haben unseren Runden Tisch „E-Sport“, und den werden wir fortsetzen. Wir wollen dazu auch einen Runden Tisch „Games“ einrichten. Ich glaube, das ist ein wichtiger Punkt, weil das eine Riesenbranche ist. Wenn man die Jugend befragt: Der Games-Bereich ist einfach riesig. Ich glaube, das müssen wir als zusätzlichen Wirtschaftszweig für die Stadt begreifen.

Mehrere von Ihnen haben nach der Neuordnung der Medienstaatsverträge gefragt und wie wir das organisieren. Für mich ist wichtig, ganz klar haben, dass wir, wenn wir über Neuordnung sprechen, auf der einen Seite natürlich im Blick haben müssen, dass wir das nur gemeinsam mit Brandenburg machen können und uns auf der anderen Seite immer fragen müssen, wie wir es bei allem Medienangebot, bei allem, was wir an Kooperationen machen, schaffen, eine möglichst große Bandbreite an Themen, an Vielfalt des Angebots zu realisieren und ein Publikum zu binden, was in die Breite der Bevölkerung geht. Das muss dabei auch Thema sein. Es wird Gespräche geben, auch entsprechende Runden mit Brandenburg. Das wird uns in den nächsten Monaten auf jeden Fall begleiten.

Herr Förster, das kam von mehreren, auch von Melanie Kühnemann-Grunow, hat nach der filmfreundlichen Stadt gefragt und wie wir das mit der ganzen Filmfreundlichkeit und den zentralen Drehgenehmigungen machen wollen. Es ist schon beschrieben worden: fünf Bezirke, fünf verschiedene Genehmigungen, fünf verschiedene Auflagen. Das genau ist die Schwierigkeit, vor der wir stehen. Es geht um Straßenrecht, um Straßenverkehrsrecht, es geht um Luftverkehrsrecht, es geht aber auch um Grün- und Erholungsanlagen, High-Peak-Zeiten, Frühjahr, Sommer, Verzögerungen, die entstehen, usw., Sie wissen das alles, und es gibt unterschiedlich stark frequentierte Bezirke. Wir haben Bezirke, in denen sehr viel Film gedreht wird, Mitte ist einer der Bezirke, der am stärksten belastet ist, und dann geht es auch um personelle Ressourcen. Wir werden in diesem Jahr, das werden wir demnächst beginnen, erst mal ein Konzept erarbeiten, wie das laufen kann. Wir werden dafür in der Senatskanzlei organisatorische Vorkehrungen treffen, damit wir ein gutes Konzept für so eine zentrale Drehgenehmigungsstelle hinbekommen. Natürlich muss das in Abstimmung mit den Bezirken laufen. Das ist nicht trivial, denn es wird in den Bezirken unterschiedliche Wünsche geben. Wir müssen schauen, wie wir das gemeinsam hinbekommen. Ich glaube, dass das total wichtig ist, das weiß ich aus eigener Erfahrung. Man kann das nicht über die Köpfe der Bezirke hinweg machen. Wir müssen mit denen gemeinsam darüber sprechen, wie wir das gut machen, denn es werden weiterhin die Straßen- und Grünflächenämter der Bezirke tangiert sein, all die Dinge, die in Bezirksverordnetenversammlungen usw. diskutiert werden. Insofern ist das nicht trivial, aber wir werden das machen, und ich glaube, das wird auch werden.

Zur Film- und Fernsehakademie, Umzug, Übergangslösung usw.: Bis 2025 geht der Vertrag. Wir haben weiterhin das Ziel, dass in Tempelhof eine entsprechende Ansiedlung passieren kann. Ob das so schnell klappt, müssen wir klären. Parallel finde ich es wichtig, dass die BIM nach Alternativstandorten, nach Übergangstandorten, sucht. Wenn es möglich ist, den Umzug gleich nach Tempelhof hinzukriegen, ist das wunderbar. Ich kann im Moment noch nicht richtig einschätzen, was da die Fallstricke sind, warum das so lange dauert und ob man es beschleunigen kann, aber das ist ein Punkt, den wir klären müssen. Ich wäre auch dafür, dass

man nicht in zehn Jahren zweimal umzieht, sondern dass wir einmal einen Umzug organisieren, und dann bleibt man, wo man ist. Das wäre wünschenswert. Ich kann Ihnen aber zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sagen: Jawohl, machen wir. – Ich will erst mal wissen, was die Hindernisse sind, warum es so lange dauert, ob man diese Hindernisse beiseite räumen kann oder ob die unüberwindbar sind. Ich weiß es im Moment noch nicht, aber wir werden das auf jeden Fall klären.

Zur Zusammenarbeit mit Brandenburg: Die Themen, die Sie angesprochen haben – Park-and-Ride, Ausbau der Regional- und Fernbahnverbindungen – werden genau die Punkte sein, die wir mit Brandenburg besprechen, auch in der ersten Kabinettsitzung. Herr Otto hat gefragt, wie man bei den Themen Klimaschutz usw. zusammenarbeiten kann. Das Thema Klimaschutz ist für Brandenburg ein sehr essenzielles, und man muss eines ganz klar sagen: Ohne Brandenburg sieht es mit der klimaneutralen Energieversorgung des Landes Berlin auch in Zukunft mau aus. Man muss es einfach sagen. Ohne Brandenburg ist Berlin, was die klimaneutrale Energieversorgung angeht, in der Zukunft nicht wirklich komplett, sondern wir werden darauf angewiesen sein, weil wir selbst nicht so viele erneuerbare Energien produzieren können, mit Brandenburg auf dem Energiesektor gut zusammenzuarbeiten, und das ist auch eine wirtschaftliche Frage. Deswegen wird das Thema der Zusammenarbeit bei erneuerbare Energien und Klimaschutz ein ganz entscheidendes sein. Das ist auch Dietmar Woidke ein wichtiges Anliegen.

Herr Förster, Föderalismuspolitik, Bundespolitik: Wie ist die Rolle Berlins im Bundesrat? – Zunächst ist die Rolle Berlins: Wir sind die Bundeshauptstadt. Damit kann man selbstbewusst umgehen. Wir sind diejenigen, die eine wichtige Funktion haben im Zusammenbinden verschiedener Akteure, ob das die Ost-Bundesländer sind oder auch die Frage der sozialdemokratisch geführten Bundesländer, der Ko-Vorsitzende der MPK. Das sind alles Punkte, die da mit hineinspielen. Das wollen wir wahrnehmen. Ich finde wichtig, dass wir Berlin immer im Kontext sehen. Wenn es eine Bundesratsinitiative gibt, dann muss es so sein, dass wir nicht auf Masse setzen nach dem Motto: Machen wir mal eine Bundesratsinitiative, egal, ob die was wird oder nicht. – Dann lieber: Weniger ist mehr –, das sage ich Ihnen auch. Ich habe das in den letzten Jahren beobachtet, wie das so war. Es gab viele Bundesratsinitiativen aus Berlin, aber es geht nicht nur darum, wie viel du eingebracht hast, sondern unser Fokus muss sein, wie viele erfolgreich waren, und dann lieber weniger. Es wird Ihnen vielleicht aufgefallen sein: Wir haben uns im Koalitionsvertrag ganz selten, ich glaube, in zwei oder drei Fällen, zu einer Bundesratsinitiative verpflichtet, sondern Sie werden sehr oft die Formulierung finden: Wir setzen uns im Bund dafür ein –, weil nicht jeder Einsatz im Bund mit einer Bundesratsinitiative begleitet sein muss, sondern, wenn wir dieses Mittel einsetzen, muss das ein seltenes Instrument sein, das dann aber wirklich so läuft, dass wir eine Aussicht auf Erfolg haben, dass wir uns Partner suchen, dass wir gemeinsam mit anderen sagen: Okay, wer will das noch alles? Kriegen wir die Mehrheiten auch über die Koalitions- und Parteigrenzen hinweg? – Es gibt Anliegen, die unabhängig von der Farbe geteilt sind, und darauf müssen wir achten. Deshalb weniger Bundesratsinitiativen, aber dafür mit mehr Aussicht auf Erfolg und mit mehr Überlegungen, wie wir da zusammenarbeiten können. Das ist der Grundsatz.

Dann haben Sie noch nach den Städtepartnerschaften gefragt. Wir haben gestern mit unserer Partnerstadt Windhuk einen Austausch gehabt. Der namibische Botschafter war zu Gast, um die Spende von Beatmungsgeräten, Luftfiltern, Monitoren usw. entgegenzunehmen. Wir haben verabredet, dass wir da weitermachen. Wir engagieren uns weiter im Metropolis-

Netzwerk, 144 Städte, Berlin ist dabei. Das werden wir weitermachen, natürlich auch mit den anderen Partnerstädten. Ana-Maria Trăsnea ist Staatssekretärin für Internationales. Es wird jetzt gerade vorbereitet, was wir noch an Aktivitäten machen, gegebenenfalls, welche Besuche es gibt. Aber Reisen um des Reisens willen ist schwierig. Dabei muss auch etwas herauskommen. – [Zuruf] – Es muss immer ein Ziel geben, weswegen man irgendwohin reist, und dann muss man am Ende etwas schaffen und vereinbaren. Das finde ich wichtig. Wir werden schauen, dass wir die Reisen so ausrichten, dass es wirklich einen Output gibt, und vielleicht ist auch da manchmal weniger mehr.

Ich werde nächste Woche an der Münchner Sicherheitskonferenz teilnehmen. – [Christian Goiny (CDU): Ich beantrage die Erstellung eines Wortprotokolls! Wir haben es vergessen, am Anfang zu sagen. Normalerweise beantragen wir bei solchen Tagesordnungspunkten hier immer ein Wortprotokoll, und das haben wir vergessen. Weil Sie so schöne Sachen gesagt haben, fiel es mir gerade wieder ein!] – Irgendeiner zeichnet heute den Livestream auf. – [Christian Goiny (CDU): Die Welt kriegt sowieso mit, was wir heute beraten!] –

Noch mal kurz zu den internationalen Fragen. Ich habe erst Austausche mit unseren Partnerbürgermeistern gehabt. Die haben mir alle gratuliert, und wir haben natürlich geantwortet. Am nächsten Wochenende bin ich bei der Münchner Sicherheitskonferenz, und es wird einen Teil der Münchner Sicherheitskonferenz geben, wo es um Städtediplomatie geht und auch um den Austausch mit den Bürgermeister, die zu den großen Städten in Europa und darüber hinaus gehören. Wir haben den Warschauer, den Budapester und den Istanbuler Bürgermeister dort. Ich werde in eine Pendeldiskussion mit den drei gehen und auch über die Frage von Demokratieförderung, Städtediplomatie und internationale Zusammenarbeit gerade in Ländern, in denen die Städtepolitik ein bisschen im Widerspruch steht zu dem, was an Demokratiesicht von den jeweiligen Nationalregierungen vorgegeben ist. Das wird, glaube ich, sehr spannend. Es ist wichtig, dass Berlin in diesem Kontext auf internationalem Parkett vertreten ist. Das werden wir auch machen.

Zur Reiseplanung konkret, was wir vorhaben: Das ist noch nicht alles terminiert, das wird jetzt besprochen, aber ich kann Ihnen sagen, dass eine der ersten Reisen ins Ausland nach Warschau gehen wird. Das ist schon so weit klar.

Herrn Otto habe ich schon ein bisschen parallel mit abgearbeitet, das haben Sie hoffentlich mitbekommen. – [Zuruf] – Sie haben nach der Zusammenarbeit von Berlin und Brandenburg und den Regeln der Pandemie gefragt. Sie hatten noch ein Thema, das wir noch nicht hatten, was wir dagegen machen, wenn die Steuerbürger aus Berlin nach Brandenburg ziehen. Ich mache für die keinen Wegezoll für die. Im Zuge der guten Zusammenarbeit mit Brandenburg muss man vielleicht eher überlegen, wie wir die Pendlerströme kanalisieren und wie wir ermöglichen, dass Menschen vielleicht wieder nach Berlin zurückkehren. Ein wichtiger Punkt für das Zurückkehren nach Berlin ist, völlig klar, einer, der im Bildungsbereich liegt. Wir haben jedes Jahr eine massive Abwanderung von Lehrern nach Brandenburg, weil die verbeamteten, weil es dort bessere Bedingungen gibt, und die kommen auch nicht so schnell zurück, weil es bisher die Fünfjahresregelung gibt, dass man nämlich, wenn man dort verbeamtet wirst, erst nach fünf Jahren wieder nach Berlin zurück gehen kannst. Ich finde es sehr gut, dass unsere Bildungssenatorin das ändern wird und die sofortige Rückkehr ermöglicht, dass die Leute kommen können mit der Perspektive – – Die, die schon verbeamtet sind, können schneller zurückkommen als erst nach fünf Jahren. Das halte ich für extrem wichtig, das werden wir demnächst machen. Das andere ist die Frage der Verbeamtung, wo wir jetzt die ersten Schritte einleiten, damit wir nicht diesen Standortnachteil haben, dass Leute uns abwandern. Das ist ein kleiner Aspekt. Ansonsten geht es darum, dass wir den Wohnungsneubau in der Stadt voranbringen und darauf achten, dass diejenigen, die hier in Berlin eine Wohnung suchen, auch eine bezahlbare finden. Wenn Brandenburg schneller ist beim Bauen von Wohnungen als wir, müssen wir uns fragen, wie wir es beschleunigen können und wie wir Angebote machen, dass Leute nicht woanders hinziehen. Mit Repressalien zu arbeiten, ist nicht das, was wir vorhaben.

Zum Thema U-Bahn: Sie haben gesagt, Sie wollen es lieber nicht ansprechen. – [Christian Goiny (CDU): So ist es!] – Ich sage es mal so: Es gibt einen ganz klaren Koalitionsvertrag, und da steht drin, was wir machen. Es werden die Kosten-Nutzen-Untersuchungen gemacht. Wir hatten mit der BVG erste Gespräche. Da ist herausgekommen, dass die BVG die ersten Schritte für die Kosten-Nutzen-Untersuchungen bei der U 3 und bei der U 7 sieht. Jetzt müssen wir besprechen, wie wir da weiter vorgehen. Ich bin einfach nur der Überzeugung, dass wir diese Kosten-Nutzen-Untersuchungen, die zweifelsohne nötig sind, zügig voranbringen.

Natürlich wird das dauern, das ist doch klar. Wir werden hier alle keine U 7 einweihen. Wenn wir die U 3, den Lückenschluss, vielleicht auf einen guten Weg bringen, dann sind wir schon gut. Aber ich weiß, dass dann die Diskussionen kommen: Ja, das habt ihr nicht geschafft usw. – Das ist der Grund, warum in den letzten 15 Jahren keiner angefangen hat, weil immer die Perspektive war: Das schaffst du doch nicht in der Legislaturperiode. Dafür wirst du doch verprügelt. – Ich sage Ihnen an der Stelle mein Interesse für Berlin: Ich weiß, dass ich das nicht in dieser Legislaturperiode einweihen werde, aber ich will es endlich vorwärtsbringen und die Schritte machen, die dafür nötig sind. Wenn wir vor 15 Jahren, als die Diskussionen schon anfangen – ich habe das alles miterlebt in den Neuköllner Zeiten, 16 Neukölln, drei Jahre Bund, ich habe das alles die ganzen Jahre verfolgt –, angefangen hätten, wären wir heute schon weiter. Wir müssen endlich anfangen, auch wenn es langsam geht, auch wenn es Schritte sind und auch, wenn es schwierig ist. Ich weiß, dass es schwierig ist und dass wir auch die i2030 und die Straßenbahn voranbringen müssen. Das müssen wir alles machen, aber ich glaube, dass es wichtig ist, überhaupt mit den ersten Schritten zu beginnen. Der Bund hat ganz klar gesagt, dass er den Schienenausbau voranbringen will. Das ist für uns doch eine große Chance. Ich halte mich an das, was im Koalitionsvertrag steht, und ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir das in der gebotenen Schrittigkeit tun und auch in der Anerkennung, dass das keine Sache ist, die von heute auf morgen geht. Ich glaube, das muss man bekennen.

Noch kurz zum Ehrenamt, und ich glaube, dann ist alles beantwortet. Beim Ehrenamt ging es darum, wie wir das bekannter machen wollen usw. Ich glaube, dass wir mit der Ehrenamtskarte, die wir in Berlin schon haben, einen guten Schritt voran gegangen sind. Wir werden stärker in die Kommunikation einsteigen, werden das in der Metropolregion Berlin-Brandenburg noch mal ausweiten. Ich bin sehr offen, dass wir hier im Ausschuss auch darüber sprechen, wie man das machen kann, also dass es Vorschläge seitens des Ausschusses gibt, was Sie sich da wünschen. Darüber können wir gern ins Gespräch kommen. – Ich glaube, jetzt haben wir alles.

Vorsitzende Derya Çağlar: Herzlichen Dank für die ausführlichen Fragen, aber auch für die ausführliche Beantwortung! – Ich danke Frau Breitenbach und Frau Wolff, dass Sie die Wortbeiträge zurückgezogen haben und würde jetzt zum Ende der Aussprache und des Tagesordnungspunktes kommen, damit wir nach der Lüftungspause, die ich auch gleich ankündigen werde, noch genügend Zeit für unsere Anzuhörenden haben, die geduldig auf uns warten. – Ich höre keinen Widerspruch. Ich würde festhalten, dass die Beantragung des Wortprotokolls von Herrn Goiny von allen akzeptiert wird. – Ja, ich sehe Nicken. Dann machen wir das so. Es ist 11.07 Uhr. Wir machen eine fünfzehnminütige Pause. 11.22 Uhr sehen wir uns zu der Anhörung wieder. In dem Zuge möchte ich mich bei Frau Träsnea und Frau Giffey bedanken und würde Sie in die bevorstehenden Termine entlassen. Herzlichen Dank und bis zum nächsten Mal, Frau Träsnea und Frau Giffey.

[Lüftungspause von 11.07 Uhr bis 11.24 Uhr]

Ein herzliches Willkommen zurück an alle! Wir gehen weiter in der Tagesordnung und kommen zu

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Vorstellung des Medienbarometers 2021/22 von
media:net berlinbrandenburg**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die
Linke und der Fraktion der FDP)

[0001](#)
EnBuMe

Hierzu: Anhörung

Zu dieser Anhörung begrüße ich ganz herzlich Frau Jeannine Koch, Vorstandsvorsitzende des media:net berlinbrandenburg e. V. Herzlich willkommen! – [Jeannine Koch, Vorstandsvorsitzender des media:net berlinbrandenburg e. V.: Schönen guten Tag!] – Frau Koch wird begleitet von Herrn Helge Jürgens, Geschäftsführer Medienboard Berlin-Brandenburg. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen, und herzlichen Dank für die Geduld, die Sie aufgebracht haben! – [Helge Jürgens, Geschäftsführer Medienboard Berlin-Brandenburg: Vielen Dank!] – Ich gehe davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht ist. – [Christian Goiny (CDU): Ja!] – Ich sehe Zustimmung. Besteht der Wunsch nach einer Begründung des Besprechungsbedarfs? – Frau Kühnemann-Grunow!

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD): Vielen Dank, Frau Çağlar! – Herzlich willkommen auch von unserer Seite, von der Koalition SPD-seitig! Wir haben den Bericht des Medienbarometers auf die Tagesordnung gesetzt, weil Sie gerade am 8. Februar im Livestream Ihre Ergebnisse vorgestellt haben, das Medienbarometer unterstützt durch das Medienboard, der IBB und der ILB. Von daher sind wir sehr gespannt darauf. Ich denke, dass dieser Punkt, da wir die Haushaltsberatungen vor der Brust haben, für uns eine Menge Erkenntnisse mitbringt, dass wir noch mal genau gucken, in welche Richtung wir Schwerpunkte setzen sollten, wo wir vielleicht auch noch Verstärkungen bringen sollten. Ich habe mir den Livestream angeguckt, aber ich bin ganz gespannt auf Ihren Input und die Essenz daraus zu erfahren. – Vielen Dank!

Vorsitzende Derya Çağlar: Herzlichen Dank dafür! – Bevor ich Ihnen das Wort gebe, Frau Koch, nur noch mal die Ansage, dass wir aufgrund der aktuellen Hygienebestimmungen spätestens um 12.15 Uhr diesen Raum verlassen müssen. Aus dem Grund bitte ich um knackige und zackige Wortbeiträge, sodass jeder zu Wort kommen kann und wir uns in diesen 50 Minuten gebührend mit diesem Thema befassen. – Frau Koch! Sie haben erst mal fünf Minuten Zeit, und dann würde ich Ihnen, Herr Jürgens, das Wort übergeben.

Jeannine Koch (Vorstandsvorsitzender des media:net berlinbrandenburg e. V.): Wunderbar! Herzlichen Dank für die Einladung! Vielen Dank, Frau Vorsitzende und liebe Abgeordnete! Ich lege direkt los in medias res, die Zeit ist kurz.

Das Medienbarometer, um das kurz zu umreißen, existiert seit 2004. Das ist das 19. Medienbarometer. Hier befragen wir die Medienkultur- und Kreativwirtschaft und Digitalwirtschaft jedes Jahr, in welche Richtung der Geschäftsverlauf in den nächsten zwölf Monaten wandelt. Wir haben uns im letzten Jahr mit den Folgen der Coronapandemie beschäftigt, das habe ich vorgestellt, und in diesem Jahr beschäftigen wir uns mit dem pandemiebedingten Innovati-

onspotenzial der Geschäftsmodelle dieser Unternehmen, die wir befragt haben. Der Befragungszeitraum ist noch relevant. Wir haben Ende September letzten Jahres begonnen und sind bis Anfang Dezember des letzten Jahres gegangen, also kurz vor Beginn der Omikronwelle. Das heißt man muss berücksichtigen, dass gewisse ganz positive Ausstrahlungen ein bisschen getrübt wären, wenn diese Umfrage noch stärker in diese Omikronwelle eingereicht hätte. Nichtsdestotrotz freue ich mich, Ihnen durchaus positive Erkenntnisse mitzuteilen. Wir haben mit dieser Umfrage knapp 200 Unternehmer/-innen erreicht. Die kommen alle aus diesen Bereichen Film, TV, Radio, IKT, eigentlich des gesamten Kreativclusters. Das sollte die repräsentative Stimmung dieser Hauptstadtregion einmal beleuchten.

Ich gehe jetzt direkt auf die einzelnen Ergebnisse ein. Wichtig hierbei ist noch zu wissen: Wenn wir natürlich nicht erreicht haben, sind alle Unternehmer/-innen, die insolvent gegangen sind. Die waren nicht Teil der Befragung, denn die haben wir mit der Umfrage nicht erreicht.

Jetzt ganz kurz zu den wichtigsten Punkten: Der Geschäftsklimaindex liegt in dieser Umfrage bei 141,9 Punkten. Das ist sehr gut, weil es ein sehr optimistischer Verlauf ist. Im letzten Jahr lag der bei 102,9 Punkten, mal als Vergleich. Die Linie, an der es sich bricht, ist auf 100 normiert. 102 war schon kurz vor dem pessimistischen Ausblick, und jetzt sind wir durchaus im positiven. Der Geschäftsverlauf wird von den befragten Unternehmen für gut die Hälfte mit 57 Prozent als zufrieden oder sogar sehr zufrieden bewertet, und das ist ein deutlicher Anstieg im Vergleich zum vorherigen Jahr. Nur 35 Prozent waren es im letzten Jahr.

Was noch wichtig ist, ist das Thema Umsatzsteigerung. Eine Mehrheit von 58 Prozent erwartet, dass die Umsätze mehr oder weniger stark steigen werden, und das waren im letzten Jahr nur 36 Prozent, also auch hier fast eine Verdoppelung. Das Wichtigste jetzt schon mal vorweg, wir haben es vorhin schon mehrfach gehört, das Thema Personal respektive Fachkräfte, Fachkräftemangel. 22 Prozent der befragten Unternehmen mussten Personal abbauen. 78 Prozent konnten Personal halten. Darunter befinden sich teilweise auch Leute, die das Personal aufstocken konnten. Jetzt die wichtigste Zahl, die Sie sich merken müssen: 63 Prozent der befragten Unternehmen planen in den nächsten zwölf Monaten Personal aufzubauen, also weiter einzustellen. Das führt uns genau in diese große Herausforderung des Fachkräftemangels, worüber wir heute hier schon gesprochen haben. Die Verbesserung des Geschäftsfeldes erwarten ungefähr 58 Prozent der Befragten. Jetzt muss man hier noch eine Wirtschaft direkt herausheben, das ist die Musikwirtschaft. Die gehen sogar davon aus, dass es 80 Prozent besser wird in diesem Jahr. Kein Wunder, denn die sind eine der absolut gebeuteltesten Industrien, die wir befragt haben: Veranstaltungsbranche, Musikwirtschaft, Gastronomen, Filmbranche. Da wird Helge Jürgens gleich noch etwas detaillierter zu diesen Bereichen sagen.

Wichtig ist noch das Thema: Wie sind Sie mit dieser Pandemie umgegangen? – Es gab zahlreiche Digitalisierungsmaßnahmen in den Unternehmen. Die meisten sind ins Homeoffice gegangen. Klar, es wurden sehr viele Tools für Kollaborationen und in der Unternehmenskommunikation integriert in den einzelnen Unternehmen, und daraus hat sich auch ergeben, dass es eine starke Akzeptanz gibt und vor allen Dingen 82 Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr zufrieden sind damit. Auch hieraus der Rückschluss: Wir gehen davon aus, dass Homeoffice in der Zukunft ein gängiges Modell sein wird, wie die Mitarbeitenden heutzutage in Unternehmen tätig sein werden.

Wichtig hierbei ist vielleicht auch noch mal herauszustellen, dass fast alle sich die Dinge selber beigebracht haben oder die Kompetenzen schon besaßen. 47 Prozent der nicht vorhandenen Fähigkeiten betreffen unter anderem Personalführungsmethoden oder auch neue Managementmethoden oder digitale Kollaborationsfähigkeiten. Kein Wunder, wir saßen plötzlich alle im Homeoffice vor dem Zoom-Channel. Es gab also ganz andere Herausforderungen. Ergo: Wir müssen zukünftig ein stärkeres Schulungsangebot für diese Art von Arbeitsplätzen leisten.

Wir wollten wir wissen: Welche Innovationen wurden eigentlich erfunden oder durchgeführt und wollten vor allen Dingen herausfinden, ob neue Geschäftsbereiche oder Geschäftsfelder entwickelt wurden. – Da gibt es zu berichten, dass vor allen Dingen neue Produkte oder Dienstleistungen mit 53 Prozent weiterentwickelt wurden oder gar neu entwickelt wurden mit 52 Prozent. Es wurden neue Wertschöpfungsfelder herauskristallisiert oder auch neue Managementmethoden mit 29 Prozent eingeführt. Wichtig ist hier auch noch mal der Aspekt mit 27 Prozent produktive neue Kooperationen mit anderen Branchen. Welche Branchen sind das? – Das kann ich Ihnen gleich direkt sagen, wenn ich die entsprechende Folie gefunden habe. Es gehört auf jeden Fall die Mobilitäts- und Verkehrsbranche dazu, die Gesundheitsbranche, also die ganzen Branchen, die nicht in diesem EKT- und Kreativcluster dabei sind, mit denen neue Kooperationen geschaffen wurden. Wichtig sind die bedeutenden Technologien, ich erzähle Ihnen hier nichts Neues: KI, AR, VR, IoT, also Internet of Things, Machine Learning. Das sind die Themen, mit denen wir uns in Zukunft beschäftigen werden in der Branche. Darauf wird auch Helge Jürgens gleich noch eingehen.

Dann ist für Sie noch interessant zu wissen, dass neue Kollaborationen und neue Produkte entstanden sind. Es wurden vor allem auch neue Märkte erschlossen, und bestehende Dienstleistungen und Produkte wurden aufgewertet und auch neue Vermarktungsmöglichkeiten identifiziert. Man ist sehr umtriebig in dieser Zeit mit der Pandemie umgegangen. Neue Geschäftsmodelle haben tatsächlich nur 22 Prozent der befragten Unternehmen entwickelt, 78 Prozent sind sozusagen gleich geblieben. Es gab aber auch 62 Prozent von den befragten Unternehmen, die ihre Geschäfte uneingeschränkt weiterführen konnten und keine, die komplett aufgeben mussten. Das sagte ich eingangs schon mal.

Jetzt noch mal zu den wichtigsten Themen, was das Thema Unterstützung angeht: 17 Prozent der befragten Unternehmen wünschen sich weiterhin Fördermittel und vor allen Dingen einen vereinfachten Zugang zu den Fördermitteln, das wird hier das große Thema sein, und dann auch entsprechend die Förderung von Netzwerken und Kooperationen, auch ein Netzwerk wie wir es sind. Das ist eine wichtige Plattform für genau diese Art von Vernetzung, die notwendig ist. Wir sind das einzige interdisziplinäre Netzwerk, das es deutschlandweit gibt, und das ist gerade heutzutage ein besonderes Asset, der besondere USP, weil wir natürlich über die Branchen hinaus vernetzen und nicht nur monothematisch unterwegs sind. Bürokratieabbau und Digitalisierung sind Themen, die die Unternehmerinnen und Unternehmer beschäftigen und antreiben.

Die Top-Themen, und damit würde ich dann auch aufhören, sind bei den Unternehmern der Aufbau und die Weiterentwicklung von Fachkräften. Dazu gehören Weiterbildungen, Ausbildungen und schon frühkindlich, auch der Hochschulmarkt an den Markt der Wirtschaft angepasst, und natürlich, ganz wichtig, das Thema Innovation, Kunden und Aufträge, Digitalisierung und Internationalisierung. Damit höre ich an der Stelle erst mal auf und mache keine Zusammenfassung der Top-Punkte. Sie haben alles mitgeschrieben, und ich gebe ab an meinen Kollegen Helge Jürgens. – Herzlichen Dank!

Helge Jürgens (Geschäftsführer Medienboard Berlin-Brandenburg): Das war ja fast eine Punktlandung, was die Zeit betrifft. Auch von mir noch mal vielen Dank für die Einladung! – Frau Vorsitzende! Herr Staatssekretär! Liebe Ausschussmitglieder! Es freut mich, dass wir heute hier sein können. Gleich zu Anfang noch mal ganz kurz: Wir haben heute viel über den Film geredet. Gott sei Dank haben Herr Goiny und auch die Regierende Bürgermeisterin die Games auch noch mal erwähnt. Vielleicht muss man noch mal ganz kurz sagen, dass das Medienboard zwei Förderschwerpunkte hat. Deswegen haben wir vielleicht auch zwei Geschäftsführer, meine Kollegin Kirsten Niehuus, die sich bestimmt sehr über eine filmfreundliche Stadt freut, was ich natürlich auch unterstütze. Ich komme eigentlich aus der Film- und Fernsehbranche und betreue jetzt die neuen Medien. Kirsten Niehuus kümmert sich um die High-End-Serien und die Filmförderung im klassischen Sinne, die es schon sehr lange gibt. Die neuen Medien, New-Media-Förderung, wie wir es genannt haben, kümmert sich auch um Serien. Das sind die Serien, die nicht ganz so große High-End-Budgets haben. Ich kann Ihnen aber sagen, dass das eigentlich das Brot-und-Butter-Geschäft ist, das in Deutschland existiert, denn so viele High-End-Serien, obwohl wir immer mehr Plattformen haben, gibt es gar nicht. Wir fördern natürlich Games und auch audiovisuelle, innovative Inhalte, und das sind dann eben die Themen, die schon angesprochen worden sind VR, AR und XR, also Mixed Reality. Ich wollte Ihnen heute vor allen Dingen darstellen, dass der Medienstandort der Zukunft und dass auch Filme ohne diese Industrie in Zukunft eigentlich gar nicht mehr gemacht werden können. Deswegen muss ich ein bisschen was dafür tun, dass dieser Förderbereich nicht im-

mer unter dem Radar läuft. Deswegen, wie gesagt, war ich der Regierenden Bürgermeisterin sehr dankbar, dass es einen Runden Tisch Games gibt.

Vielleicht noch mal zum Medienboard: Meine Kollegin Kirsten hat gestern schon mal eine Pressemitteilung über den Förderstand 2021 herausgegeben. Es wurden insgesamt 44,8 Millionen Euro gefördert im letzten Jahr. Das war absoluter Rekord, Drehtagrekord. Das haben Sie vielleicht in der Presse gelesen. Wir haben da ungefähr einen Anteil, was die New-Media-Förderung betrifft, bei den 44,8 Millionen Euro von nicht ganz 20 Prozent. Da sind dann aber schon die Förderungen für eine Institution wie das media.net und Veranstaltungen und Netzwerke oder der Deutsche Computerspielpreis inkludiert. Wir haben gemeinsam einen Regionaleffekt von 547 Prozent erzielt. Das sind in den letzten fünf Jahren Steigerungen bis zu 70 Millionen Euro, und damit kann man schon sehen, wie groß die wirtschaftliche Kraft neben dem kulturellen Auftrag ist, den wir da haben.

Jeannine hat es vorhin gesagt, ich fasse es noch mal zusammen: Was waren eigentlich die treibenden Themen? Warum kommen wir eigentlich relativ optimistisch aus der Branche? Wobei man sagen muss, dass Teilbranchen aufgrund der Pandemie nicht so gut abgeschnitten haben und wir Ihnen hier auch nicht vermitteln wollen: Alles ist gut, und wir müssen nichts für die Zukunft tun. – Die Antragszahlen, die ich gerade darstellte, sind in der Pandemie gestiegen. Man muss sagen, dass alle Branchen, aber besonders die Film- und Serienleute, aber auch die Leute, die in der Games-Branche sind, weitergearbeitet haben. Alle wissen, wie schwer es schon unter normalen Umständen mit Drehgenehmigungen ist. Sie können sich vorstellen, was es bedeutet, mit einem großen Filmteam unter Pandemiebedingungen zu drehen. Das ist ein Mehraufwand, der auch unterstützt worden ist von uns, natürlich auch durch Mittel von Ihnen, durch Mittel vom Bund, und auch die Investitionsbanken haben uns unterstützt, die Branche in der Pandemie am Leben zu halten, sodass sie weiterdrehen konnten, sonst wären diese Drehtage auch nicht zustande gekommen. Die digitale Branche wie die Softwarebranche und die Games-Branche haben natürlich weitaus besser abgeschnitten. Wir haben aber nur 5 Prozent am Weltmarkt an Produktion in Deutschland. Wir sind ein riesen-großer Absatzmarkt, das heißt, dieser Anstieg der Umsätze ist auch sehr den Verkäufen anzurechnen und nicht so sehr der eigenen Produktion. Deswegen müssen wir mehr tun, im Bereich Games aus einem Absatzmarkt auch ein Produzentenmarkt zu werden. Insofern muss man auch das in einem anderen Licht sehen, dass nicht die Games-Branche die Profiteure dieser Pandemie sind.

Veranstaltungsformate haben wir schon angesprochen. Das hat auch Herr Goiny vorhin noch mal angesprochen. Alle, inklusive der Kinos, haben gelitten. Wir haben aber weiter Veranstaltungen von allen Netzwerken unterstützt, entweder hybrid oder virtuell. Es sind viele neue tolle interessante Formate dabei herausgekommen. Über das Kino will ich nicht zu viel reden, denn das ist das Aufgabengebiet meiner Kollegin, aber natürlich müssen wir sagen, dass das Kino, wie alle anderen Veranstaltungen, sehr gelitten hat, weil keine Auslastung und keine Verwertung stattgefunden hat. Das betrifft nicht nur die Kinos, das betrifft natürlich auch die Verwertungskette, die dahintersteckt. Man muss natürlich sagen, dass im gleichen Zug die SVoD großen Majors und die Angebote im SVoD massiv gestiegen sind, selbst die öffentlich-rechtlichen Sender und ihre Plattformen haben zugenommen, auch die Privaten. Man sieht also, dass sich alles ins Digitale verlagert. Das hat natürlich mit dem Konsumenten zu tun, und dem muss man auch Rechnung tragen. Ich bin sicher, dass das Kino als Abspielort erhalten bleibt, und das würde ich mir sehr wünschen. Ich bin damit groß geworden. Ich schätze

das sehr und hoffe, die Berlinale wird erfolgreich über die Bühne gehen. Die Wertschöpfungskette und ihre Bedeutung – dahin wird das Kino wahrscheinlich nicht wieder zurückkommen wo es einmal war – – Und das muss man dann auch in der Wertschöpfungskette beachten. Da geht es zum Beispiel auch um Serienförderung.

Wenn wir uns die Technologie als anderes Schwerpunktthema anschauen, was direkt mit der Umfrage zu tun hat, muss man sagen: Wie hängen heute eigentlich die Branchen zusammen? – Der Zusammenhang dieser Branchen, diese enge Zusammenarbeit der Technologien, die Konvergenz der Technologien ist spürbar. Ich würde das mal am Beispiel der LED-Studios in Babelsberg kurz versuchen zu erklären. Ohne Games-Engine könnten Sie eine Produktion wie „1899“, die wir auch mit 2 Millionen Euro unterstützt haben, nicht realisieren. Ein LED-Studio, ich weiß, dass der letzte Medienausschuss auch in Babelsberg einmal zu Besuch war am Ende der letzten Legislaturperiode, Sie müssen sich vorstellen, dass die Hälfte dieses Raumes bis an die Decke mit LEDs bestückt ist, die 4 K haben, und Sie drehen mit derselben Kamera, mit der Sie auch den Film draußen drehen, vor dieser LED-Leinwand, und Sie können dort das alte Reichstagsgebäude, das es nicht mehr gibt, virtuelle Landschaften, projizieren, und jeder Betrachter, auch die Akteure davor, würden das reale Welt erleben. Auch für die Schauspieler ist das wichtig. Das ersetzt die Green-Screen-Technologie, die früher eingesetzt worden ist, wenn wir mit Visual Effects gearbeitet haben. Künstliche Welten sind entstanden, und man hat die Akteure vor Grün drehen lassen und hinterher in einem komplizierteren Prozess die virtuellen Welten hineingesetzt. Jetzt passiert beides zusammen, und dieser Schub, dieser Pusch kommt natürlich durch die Pandemie, weil man in einer gesicherten Drehumgebung drehen kann. Das ist noch relativ teuer, aber es wird sich sicherlich durchsetzen. Wir haben schon ein zweites Studio in Babelsberg, die HALOSTAGE, die auch mit dieser Technologie arbeitet. Die neuen Arbeitsplätze, die man dafür braucht, sind die, die gerade Frau Koch angesprochen hat, kommen eher aus der Visual-Effect- oder Games-Branche. Sie brauchen eine Menge 3 D-Artists und Programmierer, das heißt, 60 Leute an einem Filmset kommen auf einmal aus ganz anderen Branchen. Bei der Netflix-Produktion „1899“ mussten die noch aus London kommen. Ich würde mich freuen, wenn wir demnächst auch diese Fachkräfte hier beziehen können.

Vorsitzende Derya Çağlar: Herr Jürgens! Ganz kleinen Moment! Sie haben etwas mehr als fünf Minuten überzogen. Ich würde Sie bitten, langsam zum Ende zu kommen. – Danke schön!

Helge Jürgens (Geschäftsführer Medienboard Berlin-Brandenburg): Mache ich! – Was mit den Fachkräften zu tun hat, habe ich gerade schon erzählt. Was noch ganz wichtig wäre in dem Zusammenhang, ist, dass wir Orte dieser Vernetzung brauchen, um die neuen Technologien, die immer wichtiger werden, auch für die Filmherstellung, an denen das Interdisziplinäre, dass diese Skills sich austauschen können, dass wir diese Orte haben. Wir haben Berlin-Brandenburg, und der Medienstandort existiert eigentlich nur gemeinsam. Deswegen unterscheiden wir da auch nicht. Dieser Standort bietet mit der Filmuniversität, dem großen Studiobetrieb und vielleicht noch dem Hasso-Plattner-Institut ein ideales Biotop, um das zu tun. NRW und Bayern haben uns schon längst abgehängt. Es gibt das Werk in Bayern und den Fusion Campus in NRW, wo es interdisziplinäre Orte gibt. Die brauchen wir, um der Medienstandort der Zukunft zu sein.

Zur Games-Förderung möchte ich noch sagen, dass es für uns absolut wichtig ist, dass die Games-Förderung ausgebaut wird. Die nationale Games-Förderung, die es seit drei Jahren gibt, hat es geschafft, dass wir mit unserer Independent- und eher auf Arthouse-Niveau basierenden Games-Branche einen Sprung nach vorne machen können. Deswegen haben wir 120 Prozent mehr Games-Anträge und 120 Prozent mehr gefördert. Aber wir werden dem Andrang nicht gerecht werden können, wenn wir auf dem Niveau der Games-Förderung bleiben, wo wir jetzt stehen. Im Hinblick auf die neuen Haushaltsverhandlungen ist das wichtig. Visual Effects und Games-Engines und Filmindustrie müssen Sie als drei unterschiedliche Kreise sehen, die mittlerweile große Schnittmengen haben und zusammenwachsen. Das wird die Zukunft sein, auch für diese Stadt und die jungen Leute, auch für Frauen in diesen Berufen. Das müssen wir unterstützen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Derya Çağlar: Herzlichen Dank! – Möchte der Senat eine Stellungnahme abgeben?

Staatssekretär Alexander Fischer (SenIAS): Liebe Frau Vorsitzende! Sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete! Herzlichen Dank Frau Koch, Herr Jürgens, für die Vorstellung! – Ich könnte es mir jetzt sehr leicht machen und sagen: Kaum ist der neue Senat im Amt, steigt die Stimmung im Geschäftsklimaindex. So ist es natürlich nicht. Sie haben gerade dargestellt, wie die Umfrage zustande kam. Dennoch freut es mich, dass wir hier auf einem ganz guten Weg sind. Ich glaube, es hat gezeigt, dass die Pandemie die Kultur- und Kreativlandschaft in der Hauptstadtregion schon getroffen hat. Gleichzeitig finde ich es aber auch richtig gut, dass Sie die Perspektiven und Chancen dabei herausgestellt haben, die wir in den kommenden Jahren haben und die wir auch zu nutzen wissen. Für mich ist so ein bisschen die Botschaft daraus, wenn wir uns um weitere staatliche Unterstützungsprogramme kümmern, dass wir insbesondere den Punkt der Digitalisierung noch viel stärker als bisher betonen. Das ist eine der zentralen Botschaften, die wir versuchen zu behelligen. Das gilt natürlich auch mit Blick auf das gesamte Arbeitsumfeld. Das betrifft nun jeden von uns, dass wir neue Formen der Arbeit haben, die das Homeoffice, die Vernetzung auf anderen Wegen mit sich bringen. Darauf werden wir natürlich auch in Zukunft einen Fokus legen. Es freut mich auch zu hören, dass die Konjunkturprogramme, die wir bisher gemacht haben, offensichtlich auch Wirkung gezeigt haben. Auch das ist sozusagen eine der lessons learned, die ich für uns oder der Senat mitnimmt. Ich finde sehr gut, wie Herr Jürgens gerade noch mal dargestellt hat, dass die Vernetzung zwischen Filmen, Serien, Games, Visual Effects, dass wir hier noch mal in einem breiteren Kontext denken müssen und nicht nur in Sparten. Ich glaube, das ist auch eine wichtige Botschaft, die wir für uns mitgenommen haben.

Schließlich das ganz große Thema, ich glaube, das wird diesen Ausschuss in den kommenden Monaten noch beschäftigen, ist das Thema Fachkräftemangel. Das ist ein wichtiges Thema in diesem Bereich, denn wir können noch eine so gute Entwicklung haben, wenn wir nicht die Menschen haben, die sie am Ende umsetzen, und darauf müssen wir uns konzentrieren. Wir nehmen uns das auch in der Zusammenarbeit mit unseren Kolleginnen und Kollegen in Brandenburg vor, dass wir hier noch Synergien nutzen und vielleicht auch noch mal einen Fokus setzen. Sie haben es gerade gesagt, Babelsberg ist ein Standort, der uns beide betrifft, dass wir in diesem Kontext auch noch mal einen stärkeren Fokus auf die Fachkräfteentwicklung setzen. Das nehme ich jetzt auch noch mal für uns mit, dass wir das in den kommenden Monaten verstärkt adressieren werden. Ich will es dabei belassen, dann haben Sie noch mehr Zeit zu fragen.

Vorsitzende Derya Çağlar: Recht herzlichen Dank! – Wir haben jetzt vier Wortmeldungen. Wenn es noch weitere Wortmeldungen gibt – Herr Förster –, damit wir dann noch entsprechend Zeit für die Beantwortung der Fragen haben. Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann schließe ich die Redeliste, und wir gehen in die Beantwortung. – Frau Ahmadi, bitte!

Gollaleh Ahmadi (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich hatte gar nicht erwartet, dass ich als Erste drankomme. Vielen Dank für die Ausführungen! – Es wurde zwar im Laufe der Reden, auch vom Staatssekretär, einiges zum Fachkräftemangel gesagt. Ich wollte noch mal fragen, was die konkreten Forderungen sind, um dem in den nächsten Jahren entgegenzuwirken. Wie hoch ist denn aktuell der Fachkräftemangel? Wie kommen Sie damit zurecht?

Vorsitzende Derya Çağlar: Frau Kühnemann-Grunow!

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD): Herzlich willkommen auch noch mal im Namen der SPD-Fraktion hier in unserem Ausschuss! An Frau Koch und an Herrn Jürgens! Ich muss mich kurz halten, kurz fassen, denn die Zeit rennt weg. Also muss ich im Ausschuss lernen, wie wir da ein besseres Zeitmanagement machen. Deshalb starte ich gleich mit meinen Fragen. Sie hatten in Ihren Ausführungen etwas über Zugänge zu Fördertöpfen gesagt. Da würde mich interessieren, welche Förderkriterien bei der Fortsetzung der vorhandenen Förderprogramme oder auch bei der Entwicklung neuer Förderprogramme zu bedenken sind. Sie hatten etwas dazu gesagt, dass es nicht nur Film ist, sondern die ganze Gaming-Branche, Virtual Reality. Was die digitale Technik angeht, vielleicht können Sie noch mal erläutern, wie erfolgreich der VFX-Fonds für die digitale Produktion ist und warum. Das wäre für uns auch noch mal wichtig, gerade im Hinblick auf die Haushaltsverhandlungen, die ich vorhin schon angesprochen hatte. Besteht denn aus Ihrer Sicht ein Problem beim Wissen um Förderung? Wie können wir mehr förderfähige oder auch förderwürdige Unternehmen und Initiativen erreichen? Das wäre vielleicht auch noch mal ein Punkt, vor allen Dingen was die Gaming-Branche angeht. Wie kann man öffentlich finanzierte Anlaufstellen der Beratung, die auch Förderung und Vernetzung in Berlin bieten, weiterentwickeln? Ich denke beispielsweise an die Initiativen visitBerlin oder BerlinPartner, wo es auch noch mal darum geht, nicht nur die Kreativwirtschaft, sondern auch die Technologie zusammenzubringen: Technologie-Stiftung, Medienboard. Es gibt viele Player, die man an einen Tisch bringen kann.

Sie hatten präsentiert, dass Sie insgesamt 80 Veranstaltungen planen. Da würde mich interessieren, welche Zielsetzungen Sie mit der Durchführung dieser Veranstaltungen verfolgen und vielleicht auch, ob wir da als Abgeordnete mitgenommen werden, weil wir natürlich auch ein großes Interesse daran haben, auch noch mal eigene Erkenntnisse zu erwerben. Von daher sind wir immer gerne lernbereit. – Dann vielleicht auch noch mal zu den Entwicklungspotenzialen großer Vernetzungstreffen. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir da auch Synergien erzielen beispielsweise mit der re:publica, die auch vom Medienboard gefördert wird. Ich will es erst mal dabei belassen. Ich habe noch viel zu Arbeitsbedingungen usw., aber ich glaube, wir sind und bleiben im Gespräch, und das wäre es jetzt erst mal für eine erste Runde. Ich glaube nicht, dass wir zu einer zweiten kommen. – Danke schön!

Vorsitzende Derya Çağlar: Herr Goiny, Sie haben das Wort!

Christian Goiny (CDU): Vielen Dank! – Die Themenkreise sind, glaube ich, ähnlich, deswegen kann ich es relativ kurz fassen. Auch von meiner Seite erst einmal vielen Dank für das Engagement und die Arbeit, einmal natürlich Jeannine Koch, was media.net anbetrifft, aber auch Helge Jürgens fürs Medienboard. Ich würde auch noch mal nach der weiteren Förderung fragen, die hier auch als notwendig dargestellt worden ist. Welche besonderen Branchen oder Bereiche bedürfen jetzt auch noch mal einer stärkeren Förderung? Wir werden uns im nächsten Monat mit den Haushaltsberatung für die nächsten zwei Jahre im Ausschuss befassen, insofern ist das auch noch mal ein guter Punkt.

Das Thema Fachkräftemangel ist immer so eine Überschrift. Was heißt das konkret? Was müssen wir da machen? Gibt es da eine Agenda, vielleicht einen Leitfaden oder einen Stichpunkt-katalog, wo man sagt: Um die konkreten Punkte müsst ihr euch kümmern, damit wir in der Branche insgesamt mehr Leute in die Stadt bekommen? Wie gesagt, ich behaupte immer, das hat ganz viel mit dem kulturellen Hintergrund und dem Nachtleben dieser Stadt zu tun, dass junge Leute herkommen und hier etwas machen wollen, und an zweiter Stelle mit dem Wohnraum und an dritter Stelle mit den Räumen, in denen sie etwas machen können. Ist das auch das Thema? Was können wir tun, um das Netzwerk in der Branche weiter zu unterstützen? – Vielen Dank!

Vorsitzende Derya Çağlar: Herr Dr. King!

Dr. Alexander King (LINKE): Vielen Dank auch von mir an Frau Koch und Herrn Jürgens! – Sie haben jetzt insgesamt einen optimistischen Ausblick gegeben, aber Sie hatten gestern in verschiedenen Interviews gesagt und Herr Jürgens hat es gerade auch angedeutet, dass das Bild uneinheitlich ist. 57 Prozent der Unternehmen schauen positiv, optimistisch in die Zukunft. Damit bleiben noch 43 Prozent, die es vielleicht nicht tun. Von daher ist es natürlich gut, wenn wir sagen, wir fördern und stärken die Stärken, aber die Frage ist auch: Was kann man tun für die, die immer noch in der Krise sind? Da geht es mir auch um die Frage der Beschäftigten. Sie haben gesagt, 78 Prozent der Unternehmen, die sich an der Befragung beteiligt hatten, haben ihre Beschäftigten gehalten. Wie ist denn das vonstattengegangen? Lag das auch am Kurzarbeitergeld oder Teilzeitmodellen? Was ist da die Perspektive auch für die Beschäftigten?

Wir haben viel über Fachkräftemangel gehört. Sie haben gesagt, 63 Prozent der Unternehmen wollen neue Beschäftigte einstellen und finden die aber vielleicht gar nicht. Auf der anderen Seite haben Sie aber auch gesagt, das hat jetzt noch keine Rolle gespielt, 22 Prozent der Unternehmen haben auch Beschäftigte entlassen. Das hebt sich ja jetzt nicht automatisch gegenseitig auf, also die, die auf der einen Seite entlassen werden, sind nicht automatisch die, die in Zukunft dann woanders in dem Bereich beschäftigt werden können. Von daher würde mich interessieren: Was sind eigentlich die Perspektiven für diejenigen, die jetzt in ihrem Bereich nicht mehr weiterarbeiten können? Wäre es möglich, per Umschulung oder Weiterbildung usw., bevor man neue Leute nach Berlin holt, diesen Leuten eine Perspektive in der Branche zu geben? Was müsste man dafür tun? Das würde mich interessieren.

Das Zweite, das jetzt eigentlich in dem Barometer keine Rolle spielt, was ich eher aus dem Wirtschaftsausschuss schon als wichtiges Problem gerade für kleine und mittlere Unternehmen kenne, ist die Frage nach dem Zugang zu bezahlbaren Flächen, also Büros, Werkstätten,

Produktionsflächen usw. Spielt so etwas auch eine Rolle, oder wird so etwas sogar entspannt durch Homeoffice, Digitalisierung usw.? Welche Rolle spielt diese Frage?

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Herr Förster!

Stefan Förster (FDP): Vielen Dank auch von mir für die knackige Präsentation und für das Abwarten zuvor, aber wir sind jedes Jahr gut damit gefahren, uns das einmal im Jahr anzuhören und vorzustellen. Ich denke, wir werden es auch die nächsten fünf Jahre so handhaben, dass wir uns am Jahresanfang die aktuellen Zahlen vorstellen lassen. Es ist doch immer ein ganz gutes Branchenbarometer. Andere Zahlen haben wir nicht. Das muss man auch sagen, also sind das die verlässlichsten Zahlen. Anderweitig wird es nicht erhoben. Wir sind dankbar, dass es überhaupt erhoben wird, denn Zahlen und Statistiken sind am Ende immer Interpretationssache. Wenn man sie erst mal nicht vorliegen hat, kann man auch keine Interpretation durchführen. Insofern, danke erst mal für diese statistische Grundlage.

Ich will mich auch auf wenige Fragen beschränken. Meine Kolleginnen und Kollegen zu vorhaben alle wesentlichen Punkte bereits abgeräumt, die ich sonst auch angesprochen hätte. Mich würde interessieren, weil wir auch im Wettbewerb stehen mit anderen Bundesländern, aber auch mit anderen europäischen Ländern darüber hinaus: Gibt es auch Tendenzen? Wie sind die anderen Bundesländer, die anderen Region durch die Pandemie gekommen? Haben wir da jetzt einen Bonus, einen Malus in Berlin? Wie müssen wir es einschätzen, um wettbewerbsfähig zu bleiben, auch mit anderen Regionen, anderen Drehorten, anderen Füllmärkten oder anderen Medienmärkten, die wir auch immer im Auge haben?

Dann noch die Frage perspektivisch: Welche Branche, unabhängig von der Pandemie, die mag vielleicht noch die Transformation beschleunigt haben, werden wichtiger werden, welche werden eher an Bedeutung abnehmen? Wie muss man vielleicht darauf reagieren?

Dann noch zwei Punkte, die Sie im letzten Jahr angesprochen hatten. Da ging es zum einen darum, dass auch neue Geschäftsfelder aufgebaut wurden und Kooperation mit angrenzenden Industrien zu neuen Produkten und Dienstleistungen geführt haben. Schlägt sich das auch im Sinne von Innovationen, im Sinne von Patenten, im Games-Bereich, vielleicht auch im Sinne von Alleinstellungsmerkmalen nieder, wo man sagt, da hat Berlin in diesem Bereich vielleicht noch gewonnen? Das wäre für mich von Interesse.

Das Zweite, was auch im letzten Jahr ein Thema war, was sicherlich auch noch trotz Pandemie und Digitalisierungsbemühungen weiterhin auf der Tagesordnung steht, ist die Forcierung des Breitbandausbaus und digitale Infrastruktur, wo wir in Deutschland ehrlicherweise immer noch ein Stück weit hinterherhinken Vergleich zu anderen Ländern. Wie schätzen Sie da den Bedarf ein? – Vielen Dank!

Vorsitzende Derya Çağlar: Herzlichen Dank, Herr Förster! – Frau Koch, Herr Jürgens! Wollen wir diesmal rückwärts anfangen, Herr Jürgens beginnt und Frau Koch ergänzt, oder entscheiden Sie selber?

Jeannine Koch (Vorstandsvorsitzende media.net berlinbrandenburg e. V.): Ich fange an und gebe dann ab. – Erst mal vielen Dank für die vielen Fragen! Ich versuche mich kurz zu fassen, damit Herr Jürgens noch ausgiebig Zeit, seine Punkte zu beantworten. Ich habe es mir notiert,

wo er wahrscheinlich eher den Lead hat. Es hat angefangen mit dem Thema Fachkräftemangel, die konkreten Forderungen. Wie hoch ist der Mangel? Wie kommen wir da weiter? – Wie hoch explizit der Mangel ist, kann ich Ihnen nicht sagen. Das haben wir nicht erfragt. Aber er ist sehr hoch, weil wir diesen Druck im Augenblick enorm mitbekommen. Was kann man tun? – Wir haben einige Punkte heute schon genannt. Es geht natürlich darum, dass man erst mal die Sichtbarmachung der vorhandenen Berufe, die es gibt, in die Öffentlichkeit bringt. Es gibt völlig neue Berufsbilder, die gar nicht bekannt sind. Ich hatte es eingangs in meinem Statement auch schon gesagt, dass Märkte an der Wirtschaft angepasst werden müssen. Das fängt bei der Schulausbildung an, es geht über ins Studium. Dann geht es um MINT- Fächer, dass man die technologiegetriebenen Fächer stärker in den Fokus rückt und die Berufsbilder überhaupt erst mal sichtbar macht. Dann geht es auch um Aus- und Weiterbildungen. Es geht nicht nur um Studienplätze, sondern auch um Aus- oder Weiterbildungen, die ganz wichtig geworden sind für teilweise die Menschen, die in dieser Pandemie aus ihren eigentlichen Berufen gerissen worden, dass sie eine Chance haben, in andere Berufe einzusteigen. Es gibt in Berlin ein paar Beispiele: das Digital Career Institute, die neue Weiterbildungen schaffen für Marketing, für digitale Berufe, also all die Dinge, die wir hier zu stemmen haben in einer kurzen Form von Ausbildungsmomenten von einem Jahr, anderthalb Jahren, sodass der Markt weiter gestärkt werden kann. Natürlich gibt es das Thema Verwaltung, darüber hatten wir auch gesprochen, und die Anziehung von internationalen Fachkräften. Das heißt, hier muss viel Bürokratie abgebaut werden, viel Verwaltungsdigitalisierung stattfinden. Das sind die wesentlichen Punkte, um Fachkräfte überhaupt wieder reinzuholen.

Natürlich, das war in einer der anderen Fragen auch angeklungen, es muss eine vereinte Kraft geben von visitBerlin, BerlinPartner, die Technologiestiftung wurde aufgezählt, aber auch von Netzwerken wie uns, die wir ganz nah an diesen Branchen dran sind, dass man Formate und Plattformen schafft, dass eine Vernetzung zwischen den Hochschulen, zwischen den Studierenden, zwischen den Unternehmen und zwischen den Ausbildungsplatzanbieterinnen und Ausbildungsplatzanbietern geschaffen wird. Dafür gibt es verschiedene Ideen, die bei media.net auch schon auf dem Tisch liegen. Das ist zum Teil ein sogenanntes People-and-Culture-Festival, das ich aktuell plane, gerne mit Unterstützung vom Senat, wenn es irgendwie möglich ist, und auch mit den anderen Playern, die genannt wurden, dass man etwas Größeres für diese Stadt aufzieht, die Sichtbarmachung dieser Lücke jetzt auch wirklich ernst nimmt und die Unternehmen dazu abholt und einbindet, dass das angegangen wird.

Dann gab es eine Frage zu dem Thema, von Herrn Goiny, darauf bin ich, glaube ich, am meisten eingegangen. – Einen Leitfaden haben wir nicht im Augenblick, Herr Goiny, das tut mir leid, aber den können wir gerne gemeinsam erstellen. Es gibt schon diverse Ideen, wie man künftig vorgehen kann. Eine der Ideen ist zum Beispiel Stipendien anzubieten, mit Universitäten zusammenzuarbeiten, die ein neues Kurrikulum entwickeln für neue Ausbildungsberufe oder Weiterbildungsberufe, die es vielleicht in der Form noch gar nicht gibt. Es gibt in Brandenburg, in Potsdam, das Erich-Pommern-Institut, wo wir einen Weiterbildungsverbund mit dem BMAS letztes Jahr gegründet haben. Da geht es ganz speziell um die Filmwirtschaft. Auch hier geht es darum, eine große Plattform darzustellen für diese Art von Bedürfnissen, die in der Filmbranche gerade gestillt werden müssen. Ich denke, da müssen wir in den verschiedenen Branchen noch mal aktiv werden und schauen: Was sind die Bedürfnisse? – und dann entsprechende Angebote schaffen.

Danke, Frau Kühnemann-Grunow, für die Vielzahl von Fragen. Es geht vor allem um die Fördertöpfe, die Herrn Jürgens betreffen. Das würde ich dann auch an ihn weiterreichen. Deswegen sage ich dazu jetzt erst einmal nichts. – Die 80 Veranstaltungen, die Sie angesprochen haben und wie da die Abgeordneten eingebunden werden können: Die Veranstaltungen, die wir durchführen, sind vor allen Dingen Vernetzungsveranstaltungen zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Unternehmertum und auch tatsächlich der Politik. Das heißt, Sie sind sehr herzlich eingeladen, auch daran teilzunehmen. Das sind Formate, wo es wirklich um match making geht. Das Ziel eines Netzwerkes ist es, dass wir Menschen dazu bringen, dass sie Geschäfte etablieren können, dass sie Innovationen voranbringen können und dass sie gerade durch diese Interdisziplinarität, die auch mein Netzwerk mit sich bringt, gemeinsam leben können. Das ist das Pfund, das ist der Kern dieses Netzwerkes, und da gehört natürlich maßgeblich die Politik dazu. Insofern habe ich Sie jetzt auf dem Schirm und werde auf jeden Fall regelmäßig daran denken, dass wir Sie da an den entsprechenden Stellen einbinden können. – Vielen Dank auch für die Offenheit an der Stelle!

Das Entwicklungspotenzial für diese Art von Vernetzungsveranstaltung, die re:publica haben Sie gerade angesprochen. Da komme ich her. Dazu wird Herr Jürgens wahrscheinlich gleich noch etwas zu sagen.

Dann würde ich gerne auf Herrn Dr. King eingehen, und zwar: Was kann man tun für diejenigen, die noch in der Krise sind? Was sind eigentlich die Bedürfnisse, die noch gestillt werden müssen? – Natürlich brauchen wir Perspektiven. Wir haben es eingangs von Frau Giffey schon gehört. Wann finden die Öffnungen statt? Nicht unbedingt auf das Datum genau, aber

tatsächlich: Wie ist der Fahrplan? Das ist ein ganz wichtiges Zeichen und tatsächlich eine Form von Sicherheit, dass nicht so schnell wieder eine Rolle rückwärts gemacht wird. Das gehört zum Teil der Perspektiven dazu. Sie schütteln den Kopf, Herr Staatssekretär. Zu Recht, denn niemand kann diese Glaskugel durchschauen, ob es irgendwann nicht vielleicht noch eine weitere Welle geben wird, aber dennoch, dass man ein bisschen Planbarkeit bekommt. Man muss durchaus sagen, so positiv der Geschäftsklimaindex bei uns aussieht, die Menschen sind teilweise noch sehr verzweifelt. Das will ich an der Stelle noch mal sehr deutlich hervorheben. Das hatte Herr Jürgens auch gesagt. Es gibt Bereiche, die sind abgeschnitten von jeglicher Art von wirtschaftlichem Umsatz: die Gastronomie, die Veranstaltungsbranche, wir haben sie mehrfach genannt, und die brauchen natürlich Planungssicherheit. Die sind im Übrigen auch maßgeblich daran beteiligt oder damit konfrontiert, dass ihre Fachkräfte oder ihre Mitarbeitenden einfach abgewandert sind. Die standen zwischenzeitlich mal im Impfzentrum, und irgendwann standen Sie auch da nicht mehr. Sie sind dann zum Arbeitsamt gegangen und haben vielleicht versucht, eine Weiterbildung zu bekommen, aber teilweise stehen sie auch einfach auf der Straße, und die müssen wir auffangen. Für die müssen wir ein Auffangbecken, eine Plattform bilden für einen Neustart auch für die gebeutelten Branchen, auch was die Person angeht. Wir machen People Management. Darum geht es. Das ist ein People Business, und die müssen wir einfach wieder zurückholen – das hat viel mit diesem Fachkräftemangel und mit den Weiterbildungsberufen zu tun – und Ihnen eine Perspektive geben.

Ich habe noch Herrn Förster auf der Uhr, das Thema Wettbewerb der anderen Bundesländer. Da würde ich auch gern an Herrn Jürgens abgeben. Das sind Sie ganz explizit auf Drehorte eingegangen. Dazu kann er sicherlich mehr sagen. – Welche Branchen werden wichtiger und welche geringer? – Das finde ich sehr schwer zu beantworten, denn im Grunde genommen sind alle Branchen, die wir herausgestellt haben relevant und wichtig. Deutschlandweit haben wir 141 Milliarden Euro Bruttoumsatz in 2019 generiert. Da wollen wir wieder hin, und da wollen wir darüber hinaus. Natürlich sind das alles relevante Branchen für die Kultur- und Kreativwirtschaft, und das müssen wir alles in irgendeiner Form erhalten. Mit diesem letzten Satz gebe ich ab an Helge Jürgens.

Vorsitzende Derya Çağlar: Sie haben das Wort, Herr Jürgens!

Helge Jürgens (Geschäftsführer Medienboard Berlin-Brandenburg): Vielen Dank! – In Anbetracht der Zeit versuche ich mich kurz zu halten. Vielleicht noch zu dem ganzen Thema Fachkräftemangel zwei Ergänzungen.

Derya Çağlar (SPD): Entschuldigung! Jürgens, können Sie ein bisschen näher ans Mikro, dann hören wir Sie besser. – Danke!

Helge Jürgens (Geschäftsführer Medienboard Berlin-Brandenburg): Zum einen: Für den Fachkräftemangel muss man sagen, dass eine Vernetzung für den Fachkräftemangel total wichtig ist. Wir haben zum Beispiel auch mit der DFFB und der Filmuniversität ein Fenster, das wir fördern, das heißt DIGI.TALe wo man mit digitalen Formen Geschichten erzählen kann, auch als Abschlussarbeit. Wir haben auch mal darüber nachgedacht, weil ich vorhin das Wort Games Hub, also einen Campus, angesprochen habe für die Vernetzung, auch mit der DFFB überlegt: Welche Räumlichkeiten gäbe es denn noch, falls Tempelhof überhaupt realisierbar ist, dort anzusiedeln. Ich glaube, für den Fachkräftemangel der Zukunft oder der aktuellen, das sind die 3D Artists, das sind die Leute, die eher aus dem Visual-Effect-Bereich

kommen. Das sind die Leute, die sich mit Games-Engines auskennen, weil die heute überall gebraucht werden. Da muss man sehen, dass man von den konservativen Lehrplänen ein bisschen wekommt und sieht, dass man zusätzlich diese Felder aufnimmt. Ich glaube, es ist auch wichtig, dort einen Zusammenschluss mit den Hochschulen zu haben, die Gamedesigner ausbilden, ob das die HTW oder die Games-Schulen sind, die wir haben, und dass man mehr versucht, dort zu verknüpfen. Genauso wichtig ist natürlich, im dualen System etwas zu tun. Da wäre es auch wichtig, selbst die einfache Ausbildung als Mediengestalter oder Medienkaufmann, um diese digitalen Schwerpunkte zu erweitern. Ich kann Ihnen sagen, der Mediengestalter muss immer noch lernen, wie ein Kopierwerk funktioniert. Da werde ich daran erinnert, wie alt ich schon bin und wie lange ich bei der Branche bin. Das müssten wir sozusagen versuchen, ein bisschen in die Zukunft zu bringen.

Zu den Förderkriterien: Wir haben eigentlich für alles eine eigene Förderrichtlinie. Demnächst werden wir auch eine eigene Games-Förderrichtlinie haben. Die ist gerade bei der Notifizierung bei der EU. Das wurde bisher unter audiovisuelle Inhalte gefördert. Das ist eine eigene Games-Richtlinie. Wir haben eine Film-Förderrichtlinie und eine Serien-Förderrichtlinie und mittlerweile auch eine Visual-Effect-Förderrichtlinie für die Förderung aus Berlin für visuelle Effekte. Das heißt, dort stehen die Kriterien relativ offen drin und fest, was wir fördern, wen wir fördern und in welcher Höhe fördern können. Das Ganze muss immer mit Bundesförderungen kombinierbar sein. Ich habe das vorhin an den Games kurz dargestellt. Ohne eine Bundesförderung werden wir auch den Standort hier, egal, ob es sich um Filme, Serien oder Games handelt, keine Chance haben gegenüber dem Ausland. Es ist schon schwierig genug, Fachkräfte aus dem Ausland zu bekommen. Dafür braucht es ein bisschen Bürokratieabbau. Das muss vielleicht auch noch ein bisschen einfacher werden. Wir können das aus dem eigenen Bedarf gar nicht decken. Es ist umso wichtiger, dass wir die Infrastruktur aufrechterhalten können und dass hier auch weiter gedreht wird und nicht Serien in anderen Studios im Ausland gedreht werden, weil die einfach bessere Steuermodelle haben. Es ist ganz wichtig, dass wir den Fokus darauf haben. Das vielleicht mal zu den Games-Themen.

Vielleicht passt dazu ein bisschen das Thema von Herrn Förster: Wie ist es denn mit den anderen Bundesländern? – Im Games-Bereich sind NRW und Bayern weit vorne, weil sie noch mehr im Topf haben als wir. Wir haben im letzten Jahr 2,6 Millionen Euro für Games ausgeben können, aber nur, weil wir 800 000 Euro Rückzahlungen hatten und Tilgungen von bedingt rückzahlbaren Darlehen. Das war ein Ausnahmejahr. Bayern und NRW haben beide 3 Millionen Euro, das heißt, wir brauchen da konkret, das war eine Frage von Herrn Goiny, mindestens 1 Million Euro mehr für die reine Games-Förderung. Wenn wir ein Hub aufbauen wollen mit Veranstaltungen drumherum, dann wäre eine zweite Million dafür auch noch gut. Wir müssen sehen, dass diese Interdependenz dieser Technologien mit der Filmwirtschaft so eng verbunden ist, dass wir da in der Zukunft, wie ich immer sage, [unverständlich]. Man darf das nicht so knallhart unterscheiden, sondern wir müssen da eng zusammenarbeiten.

Vielleicht noch zu re:publica, das war auch noch eine Frage wegen der Vernetzung. – Wir fördern das dieses Jahr. Dort wird es einen großen Medienschwenk geben. Natürlich haben wir unsere Branchen dort vernetzt und geben Ihnen die Möglichkeit, dort auch im Nachwuchsbereich zu Wort zu kommen. Wir werden das MediaTech Hub aus Potsdam dort haben. Wir werden die Leute aus der Games-Branche mit der Games Week dort haben, die Leute aus dem AR-Verein. Es wird auf der re:publica mit den digitalen Themen einen großen Medienschwerpunkt geben, wo gerade das Programm vorbereitet ist. Die Veranstaltung ist erst im

Juni, dann in Präsenz. Ich hoffe, dass das auch alles gut geht, aber da bin ich ganz optimistisch, dass wir das dann dort umsetzen.

Ich schau mal auf die Uhr. Was habe ich noch vergessen? – Zu den Beschäftigten – das war eine Frage von der Linken: Was machen wir eigentlich mit den Verlierern, die dort entlassen worden sind, keine Beschäftigung mehr gefunden haben in den Branchen? – Ich glaube, die Qualifikation für neue Branchen, ich kann das aus der Zeit der Kopierwerke sagen, ist möglich. Wir brauchen Fachkräfte auch in normalen Bereichen. Wir kriegen mittlerweile auch keine Leute mehr, die Filmgeschäftsführer sind oder Aufnahmeleiter beim Film oder einer Serie, weil auch die jungen Menschen sich umorientieren und sich Work-Life-Balance-Themen widmen und sagen, dass es keine Branche für mich, da wird zwölf Stunden gearbeitet. Wir müssen Werbung dort machen, und auf der anderen Seite müssen wir vielleicht dem Arbeitsmarkt auch ermöglichen, in diesen Ausbildungssituationen für neue Themen wie 3D Artist vielleicht auch neue Möglichkeiten für Quereinsteiger zu schaffen. Nicht alle müssen dort ein abgeschlossenes Studium haben. Ich kann Ihnen sagen, dass die Games-Branche fast keine prekären Beschäftigungsverhältnisse hat, weil sie nur erfolgreich Games machen können, wenn sie eine Mannschaft lange beisammen halten. Ich glaube, wir müssen vom Image her auch dafür sorgen, dass die Film- und Fernsehbranche langfristige Verträge abschließt. Im Grunde sind die Mitarbeiter immer das Gold eines Unternehmens. Das kann ich Ihnen sagen, dafür war ich selber lange genug in dieser Industrie. Ansonsten wäre es natürlich wichtig, dass wir in Berlin weiter bezahlbare Flächen für Gewerbe haben, auch wenn wir einen Schwenk und mehr Homeoffice und mobiles Arbeiten haben. Die Ansiedlung ist hier ein entscheidendes Thema. Ansiedeln können wir nur, wenn Gewerbe und Wohnraum für Ansiedlungen, das betrifft ausländische Fachkräfte, auf einem Niveau sind, dass wir weiter dieses Asset, das wir in Berlin immer hatten, behalten können. Ich glaube, das war es für den Moment. Ich hoffe, ich habe nichts Wichtiges vergessen. – Danke!

Vorsitzende Derya Çağlar: Dann danke ich Ihnen beiden recht herzlich, dass Sie heute bei uns waren und uns ausführlich berichtet haben, und auch für die Beantwortung der Fragen. – Ich würde dann die Beratung des Besprechungspunktes vertagen, bis wir das Wortprotokoll bekommen und dann in einem der kommenden Ausschüssen auswerten. Damit wären wir am Ende des Tagesordnungspunktes 4.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.